

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den ersten Teil der 29. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 6. bis 8. Juni 1983

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Politische Fragen

- China und die europäische Sicherheit. Empfehlung 393 (S. 12).
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 9, 11), Vogt (Kaiserslautern) (S. 11, 12) und Dr. Scheer (S. 10, 12).
- Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Jürgen W. Möllemann (S. 3, 6, 8).
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Holtz (S. 6), Dr. Ahrens (S. 6), Vogt (Kaiserslautern) (S. 6, 8) und Schwarz (S. 8).

Bericht des Rates der WEU

- 28. Jahresbericht des Rates an die Versammlung.
Hierzu sprachen die Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 13), Jäger (Wangen) (S. 13) und Dr. Scheer (S. 14).
- Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates.
- Die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 394 (S. 15)
Hierzu sprach Abg. Dr. Ahrens (S. 15).

Verteidigung

- Die Lastenteilung im Bündnis.
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Linde (S. 18), Vogt (Kaiserslautern) (S. 19) und Jäger (Wangen) (S. 19).

— Ansprache von General B. Rogers (SACEUR).

Hierzu sprachen die Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 16), Dr. Scheer (S. 17), Haase (Fürth) (S. 17), Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 17) und Dr. Holtz (S. 18).

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

— Das Seerecht. Empfehlung 395 (S. 25).

Hierzu sprachen die Abg. Lenzer (S. 20, 24, 25), Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 23, 25).

Beziehungen zu den Parlamenten

Analyse und Bewertung von Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen der Versammlung Nr. 383 betr. das Problem der Nuklearwaffen in Europa und Nr. 388 betr. durch Pazifismus und Neutralismus entstehende Probleme für die Sicherheit Europas.

Hierzu sprachen die Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 26), Dr. Müller (S. 28) und Dr. Enders (S. 29).

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Der italienische Abgeordnete Alfredo De Poi wurde von der Versammlung zu ihrem Präsidenten und Abg. Dr. Hermann Josef Unland (CDU/CSU) als deutscher Vizepräsident gewählt. Abg. Dr. Enders (SPD) wurde zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten, Abg. Kittelmann (CDU/CSU) zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses und Abg. Lenzer (CDU/CSU) zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt gewählt.

Den 28. Jahresbericht des Rates erstattete der amtierende Ratsvorsitzende, Außenminister Claude Cheysson (Frankreich).

Zur Versammlung sprachen ferner der Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Jürgen W. Möllemann (S. 3), und General Bernard Rogers (SACEUR).

Bonn, den 29. Juni 1983

Dr. Karl Ahrens

Sprecher

Wilfried Böhm (Melsungen)

Stellvertretender Sprecher

Montag, 6. Juni 1983

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland,
Jürgen Möllemann**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen für das Verständnis danken, daß Sie auf Ihrer Sitzung im Dezember des vergangenen Jahres gezeigt haben, als ich wegen eines Unfalls meine Teilnahme an der Versammlung der Westeuropäischen Union kurzfristig absagen mußte. Es war mir seitdem sehr daran gelegen, das Gespräch mit Ihnen zum frühestmöglichen Zeitpunkt nachzuholen. Ich freue mich, daß dies heute möglich ist.

Herr Präsident, Sie sind soeben zum neuen Präsidenten dieser Versammlung gewählt worden. Lassen Sie mich zu dieser ehrenvollen Berufung den Glückwunsch meiner Regierung und meine eigenen guten Wünsche aussprechen, ebenso unseren Dank an Ihren scheidenden Amtsvorgänger, Mr. Mulley. Ich bin zuversichtlich, daß sich auch unter Ihrer Präsidentschaft die guten Beziehungen zwischen Rat und Versammlung weiter festigen und vertiefen werden. Die Bundesregierung wird das Ihrige dazu beitragen.

Gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Rat und Versammlung sind auch deshalb wichtig, weil die Versammlung weiterhin das einzige europäische parlamentarische Gremium ist, das sich mit Verteidigungsfragen befaßt. Die Bundesregierung verfolgt aus diesem Grunde die Debatten der Versammlung und ihre Empfehlungen mit besonderem Interesse und großer Aufmerksamkeit.

Dies gilt selbstverständlich nicht zuletzt für diejenigen Beratungen der Versammlung, die sich mit der **Anpassung der Westeuropäischen Union an die seit ihrer Gründungszeit veränderte politische Wirklichkeit** auf unserem Kontinent befassen. Rat und Versammlung kommt hierbei die gemeinsame Aufgabe zu, mit Verständigkeit und Wirklichkeitssinn diejenigen Neuorientierungen vorzunehmen, die für die Lebenskraft und die Funktionsfähigkeit der Westeuropäischen Union in den 80er Jahren erforderlich sind. Die Bundesregierung stellt mit Genugtuung fest, daß richtungsweisende Initiativen in diesem Bereich aus dem Bereich der Versammlung gekommen sind, darunter die im Juni 1982 verabschiedete Empfehlung 380. Die Bundesregierung begrüßt das von der WEU-Versammlung der Bundesrepublik Deutschland entgegengebrachte Vertrauen. Wir danken Ihnen dafür.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, zentrales Ziel der deutschen Außenpolitik ist die aktive Friedenssicherung. Hierzu gehören die Sicherung

der Verteidigungsfähigkeit auf der Grundlage des westlichen Bündnissystems und die Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland an einer positiven Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses.

Die Bundesrepublik Deutschland als geteilte Nation an der Nahtstelle zwischen Ost und West hat ihre Verteidigungspolitik auf der sicheren Grundlage westlicher Solidarität aufgebaut. Von dieser stabilen Basis ausgehend sucht sie unverändert in der KSZE das Gespräch mit Osteuropa über politische, wirtschaftliche und menschliche Fragen. Die Solidarität des Westens ist gleichermaßen das Fundament ihrer Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis gewährt die Sicherheit, die Voraussetzung für unsere aktive Friedenspolitik ist. Es schafft damit zugleich die Rahmenbedingungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität unseres Landes.

In enger zeitlicher und örtlicher Nachbarschaft zur Sitzung der WEU-Versammlung wird am 9. und 10. Juni 1983 die Konferenz der Außenminister des **Nordatlantischen Bündnisses** hier in Paris stattfinden. Lassen Sie mich dies zum Anlaß nehmen, auf die einzigartige historische Rolle des Bündnisses hinzuweisen, das den Frieden in Europa nun schon im vierten Jahrzehnt sichert.

Dieses Bündnis ist, anders als der Warschauer Pakt, kein von übermächtiger Hand aufgezwungener und autoritär dirigierter Militärblock. Es ist eine Gemeinschaft freier Völker, die auf gemeinsamen Grundüberzeugungen beruht. Auf der Grundlage gemeinsamer Werte und gemeinsamer Sicherheitsinteressen angesichts einer unverminderten Bedrohung durch die Sowjetunion bilden die im Bündnis zusammengeschlossenen demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas eine Schicksalsgemeinschaft, deren Lebenskraft und Verteidigungswille ungebrochen sind.

Die Entwicklung in Europa seit Gründung des Nordatlantischen Bündnisses hat bestätigt, daß dieses Bündnis seiner Charta gemäß ein reines Verteidigungsbündnis ist und keinerlei expansive Ziele verfolgt. Keine der großen und gefährlichen europäischen Krisen der letzten Jahrzehnte sind vom Westen ausgelöst worden. Auch zu Zeiten der atomaren Überlegenheit haben für die Allianz die Prinzipien des Gewaltverzichts und der Mäßigung ersten Rang gehabt. Vor einem Jahr in Bonn haben die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses dies erneut bekräftigt. Sie haben klar und vorbehaltlos erklärt, daß das Bündnis auch in Zukunft keine seiner Waffen jemals einsetzen werde, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.

Unsere durch das Bündnis gewährleistete Sicherheit haben wir nicht umsonst bekommen. Sie erfordert von allen Partnerstaaten einen Einsatz, der schwer erträglich wäre, wenn er nicht im Bewußt-

sein des partnerschaftlichen Miteinanders, der fairen Lastenverteilung geleistet würde. Den Vereinigten Staaten von Amerika gilt unser Dank dafür, daß sie trotz einer schwierigen Wirtschaftslage die Kraft gefunden haben, mit außerordentlichen Verteidigungsanstrengungen auf die sowjetische Hochrüstung zu antworten. Auch wir Europäer bekennen uns zu dem Prinzip der partnerschaftlichen Verantwortung für die gemeinsame Sicherheit. Wir haben es auch in der Vergangenheit nie aus den Augen verloren und steigender europäischer Wirtschaftskraft Rechnung getragen.

Von den gemeinsamen Verteidigungsausgaben des Bündnisses werden heute 44 % von Europa getragen. Im Jahre 1971 waren es ganze 25 %. Dabei lag die Steigerung des deutschen Anteils deutlich über dem Durchschnitt der nichtamerikanischen Bündnispartner. Die **Bundeswehr** ist tragendes Element der Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses an der mitteleuropäischen Nahtstelle zwischen West und Ost. Ihr Beitrag zum Bündnispotential in Mitteleuropa beläuft sich auf 50 % der Landstreitkräfte, 50 % der bodengebundenen Luftverteidigung, 30 % der Kampfflugzeuge, 70 % der Seestreitkräfte in der Ostsee und 100 % der Seeluftstreitkräfte in der Ostsee.

Zusätzlich zu den 490 000 Soldaten der Bundeswehr sind rund 350 000 Mann verbündeter Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stationiert, die wir im Interesse der gemeinsamen Aufgabe unterstützen, beispielsweise durch die Bereitstellung von Gebäuden und Gelände.

Diese Truppendichte, meine Damen und Herren, führt den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland vor Augen, daß sie an einem neuralgischen Ort des weltpolitischen Spannungsfeldes zwischen Ost und West leben. Aktive Friedenspolitik ist daher für uns, wie dies Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 gesagt hat, politische Notwendigkeit und sittliche Pflicht.

Die Bundesregierung bekennt sich uneingeschränkt zu dem auf Festigkeit und Verständigungsbereitschaft gegründeten politischen Grundkonzept des Atlantischen Bündnisses, dessen Gültigkeit auch die bevorstehende Tagung der Außenminister der NATO bestätigen wird. Dieses Grundkonzept liegt auch dem **Doppelbeschluß der NATO** zugrunde, demzufolge amerikanische Mittelstreckenraketen ab Ende 1983 in Europa stationiert werden sollen, falls es bis dahin nicht zu einem konkreten Verhandlungsergebnis kommt, welches diese Stationierung überflüssig machen würde. Ich gehe davon aus, daß die Außenminister der NATO das Festhalten an beiden Teilen des Beschlusses bekräftigen und dadurch erneut Geschlossenheit und Berechenbarkeit des Bündnisses demonstrieren werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir müssen mit Sorge feststellen, daß Lösungen für die Probleme, die in den letzten Jahren zu ernsthaften Belastungen der Beziehungen zwischen Ost und West geführt haben, noch nicht in Sicht sind. Die **sowjetische Intervention in Afghanistan** dauert an.

Ihr sind bisher mehr als 500 000 Menschen zum Opfer gefallen. Ein Nachlassen der weit über legitime Sicherheitsinteressen hinausgehenden sowjetischen Rüstungsanstrengungen ist nicht erkennbar. Der Führungswechsel in Moskau hat bisher nicht zu einer Änderung in der sowjetischen Außenpolitik geführt. Die Freilassung von Internierten und die Suspendierung des Kriegsrechts haben in Polen noch nicht den von der polnischen Führung erhofften nationalen Konsens bewirkt. Trotz der ernststen Belastungen des Ost-West-Verhältnisses und trotz der bestehenden ideologischen und politischen Gegensätze bekennt sich die Bundesregierung zu einer Politik des Abbaus von Spannungen, der Schaffung von Vertrauen und zu einer Politik des Interessenausgleichs.

Eine Politik, die auf die Entwicklung konstruktiver und stabiler Beziehungen zwischen West und Ost und auf echte Entspannung gerichtet ist, kann aber auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht und wenn auch die Staaten des Warschauer Pakts, insbesondere die Sowjetunion, durch Zurückhaltung und verantwortliches Handeln in den internationalen Beziehungen ihren Beitrag hierzu leisten. Die **Beziehungen zwischen Ost und West** waren stets durch eine Mischung von Elementen der Konfrontation, des Wettbewerbs und der Kooperation geprägt. Daran wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern. Es geht aber darum, die Chancen für einen Ausgleich, für Fortschritte, für Zusammenarbeit zu erkennen und zu nutzen.

So sieht die Bundesregierung in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein Modell für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West im Interesse der Friedenssicherung. In der Schlußakte von Helsinki ist niedergelegt, was an Absprachen zwischen Ost und West im Bereich der politischen Beziehungen, der Menschenrechte, der menschlichen Kontakte, des Informationsaustausches, der Sicherheit und der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit erreichbar ist.

Die Schlußakte mutet keinem Teilnehmerstaat mehr zu, als er sich bei ihrer Zeichnung zu tun verpflichtet hat. Manches ist seit 1975 erreicht worden, doch viel bleibt noch zu verwirklichen. Es gilt deshalb, diesen Prozeß lebendig zu erhalten und ihn zu stärken und die Begegnung der Menschen sowie den Austausch von Informationen und Ideen weiter geduldig zu fördern und zu fordern.

Die Bundesregierung mißt deshalb dem baldigen erfolgreichen Abschluß des Madrider Treffens mit einem substantiellen und ausgewogenen Schlußdokument größte Bedeutung bei. Schon nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen würde dieses Schlußdokument die Möglichkeit für Fortschritte und Verbesserungen für die Menschen in Europa eröffnen und eine Konferenz über Abrüstung in Europa einsetzen. Die vom Westen vorgeschlagenen maßvollen Verbesserungen verlangen von keinem Teilnehmerstaat Unmögliches. Nachdem sich die Sowjetunion bereiterklärt hat, den neutralen Vermittlungsvorschlag zu akzeptieren, wird sie sich nicht einer Einigung auf einige wenige Verbesse-

rungen verweigern können. Es mag sein, daß ein Madrider Schlußdokument nicht alle hier und da gehegten Erwartungen erfüllt, aber ein Fehlschlag würde weder den Menschen helfen noch die Durchsetzung der Menschenrechte fördern noch die Bemühungen um Sicherheit und Rüstungskontrolle voranbringen. Wir brauchen also einen positiven Abschluß des **Madrider KSZE-Folgetreffens** als wichtige politische Rahmenbedingungen für unsere aktive Friedenspolitik, für unsere Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Bundeskanzler Kohl hat am 6. März auch ein Vertrauensvotum des Wählers für die konsequente Fortsetzung dieser Bemühungen erhalten. Die Bundesregierung ist entschlossen, entsprechend diesem Mandat alles in ihren Kräften Stehende dazu beizutragen, daß es zu einem ausgewogenen und nachprüfbaren Rüstungsabbau kommt. Dieser ist uns um so mehr ein überragender politischer Wunsch, als mit ihm den Ängsten und der Besorgnis weiter Teile unserer Bevölkerung vor den Schrecken eines atomaren Krieges Rechnung getragen werden könnte.

Realistische Friedenspolitik heißt Abrüstung in Ost und West. Einseitige Abrüstung, wie sie von manchen Vertretern der **Friedensbewegung** bei uns und in anderen Partnerstaaten gefordert wird, erzeugt keine zusätzliche Sicherheit, sondern im Gegenteil Unsicherheit. Bei aller Sorge um den Frieden dürfen wir uns nicht von der Angst leiten lassen, sondern müssen zur Erhaltung des Friedens vernünftige Entscheidungen treffen. Dazu gehört die Bereitschaft, uns zusammen mit unseren Partnern im Atlantischen Bündnis zu verteidigen ebenso wie das unablässige Bemühen um einen friedlichen Ausgleich zwischen Ost und West, vor allem um den gleichgewichtigen Abbau der Rüstung. Der Weg des vereinbarten und beiderseitigen Rüstungsabbaus erfordert jedoch Geduld und Beharrlichkeit. Aber eines ist sicher, ich unterstreiche dies erneut: Vorleistungen und einseitige Abrüstungsmaßnahmen laden lediglich zu Druck und Erpressung ein. Der Friede wird dadurch nicht gefestigt.

Das Bündnis hat dem Osten ein alle Bereiche des militärischen Kräfteverhältnisses umfassendes und auf substantielle Ergebnisse abzielendes Rüstungskontrollangebot unterbreitet. Die Hoffnungen unserer Bürger richten sich zweifellos vor allem auf einen baldigen Erfolg der **Genfer INF-Verhandlungen**. Das Bündnis hat am 29. März einen Vorschlag für ein Interimsabkommen unterbreitet. Ziel dieses Vorschlags ist ein Gleichgewicht des sowjetischen und amerikanischen Potentials auf dem niedrigsten von der Sowjetunion akzeptierten Niveau.

Generalsekretär Andropow hat nunmehr in Moskau die Bereitschaft der Sowjetunion bekundet, Gefechtsköpfe als Zählkriterium für das Kräfteverhältnis zu akzeptieren. Dies ist sicherlich ein Fortschritt. Gleichzeitig muß jedoch kritisch angemerkt werden, daß die Sowjetunion nach wie vor auf ihrer gerade für die westeuropäischen Bündnispartner unakzeptablen Forderung nach Anrechnung der britischen und französischen Systeme beharrt. Am

Verhandlungstisch muß jetzt geprüft werden, welche Möglichkeiten für Fortschritte sich aus dieser sowjetischen Positionsveränderung ergeben. Der westliche Vorschlag für ein Zwischenergebnis hat einen flexiblen Rahmen für eingehende Sondierungen der Verhandlungsführer geschaffen.

Trotz der Bedeutung und Aktualität von INF dürfen wir die Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich nicht vernachlässigen. Wir müssen uns weiter bemühen, das Problem des konventionellen Übergewichts des Warschauer Pakts nicht nur verteidigungspolitisch, sondern auch rüstungskontrollpolitisch in den Griff zu bekommen. Deshalb werden wir weiter nach einer Lösung bei MBFR suchen, und deshalb hält die Bundesregierung eine Konferenz über Abrüstung in Europa für so wichtig: Sie bietet jetzt eine Chance, einen Rüstungskontrollansatz durchzusetzen, der ganz Europa bis zum Ural zum Gegenstand von Verhandlungen macht.

Besondere Bedeutung mißt die Bundesregierung auch den Arbeiten des Genfer Abrüstungsausschusses als dem einzigen Forum für Verhandlungen über Abrüstungs- und Rüstungskontrolle im weltweiten Rahmen bei. Sie setzt sich für eine Intensivierung aller Verhandlungen des CD ein. Dies hat Bundesaußenminister Genscher zum Beginn der CD-Sitzungsperiode 1983 am 3. Februar in seiner Erklärung vor dem Abrüstungsausschuß noch einmal nachdrücklich unterstrichen.

Höchste Priorität haben für uns die Verhandlungen über ein weltweites, umfassendes und verläßlich verifizierbares **Verbot aller chemischen Waffen**. Diese Verhandlungen haben im Laufe der Zeit zu Übereinstimmungen in einigen Bereichen und auch zu ersten Annäherungen in der Schlüsselfrage einer vernünftigen und zuverlässigen Verifikationsregelung, die systematische Ortsinspektionen einschließen muß, geführt. Gerade zur Lösung dieser Frage hat die Bundesregierung mit ihren Vorschlägen vom März und September 1982 konstruktive Beiträge geleistet und sie hat ein umfassendes Verifikationsmodell vorgestellt. Die Bundesregierung hält ein Abkommen über ein umfassendes Verbot chemischer Waffen für erreichbar. Sie wird wie bisher jede Chance nutzen, auf den Fortgang dieser schwierigen Verhandlungen gestaltenden Einfluß zu nehmen und aktiv zu deren Beschleunigung beizutragen. Dabei vertrauen wir insbesondere auf die Unterstützung unserer westlichen Partner.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in einem für die Weltpolitik so entscheidenden Jahr wie diesem, richten sich unsere Hoffnungen verstärkt auf die vielfältigen politischen und sicherheitspolitischen Bemühungen zur Wahrung des Friedens, die ich soeben angesprochen habe. Die Bundesregierung ist der festen Überzeugung, daß diese Bemühungen durch die gemeinsamen Anstrengungen der Bündnispartner erfolgreich sein können. Die Stärke des westlichen Zusammenhalts beruht auf der Freiwilligkeit, deren Grundlage ein breiter Grundkonsens im ideellen und politischen Bereich ist. Die Fortdauer dieser Wertegemeinschaft der freiheitlich-demokratischen Staaten Europas und Nord-

amerikas setzt den ständigen Dialog voraus. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit Ihnen einig, meine Damen und Herren, daß die WEU-Versammlung in Zukunft wie in Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zu diesem Dialog leisten kann und leisten wird. — Ich danke Ihnen!

Anschließend beantwortet Staatsminister Möllemann u. a. die folgenden Fragen:

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident, ich möchte den Herrn Staatsminister fragen, welche Haltung die Bundesregierung zu einem WEU-Protokoll einnimmt, in dem sie sich verpflichtet hat, auf die Herstellung bestimmter Waffentypen und Massenvernichtungsmittel zu verzichten wie zum Beispiel auf **atomare, biologische und chemische Waffen**. Bleibt bei dieser Selbstverpflichtung der Bundesrepublik die Möglichkeit, solche Waffen woanders als auf ihrem Staatsgebiet herzustellen oder an der Herstellung solcher Waffen mitzuwirken?

Sie haben von der Gemeinschaft freier Völker gesprochen, als Sie das Bündnis charakterisierten. Ich sehe das nicht nur als eine Feststellung, sondern etwa in bezug auf die **Türkei** als ein Postulat an. Wie will das Bündnis, wie wollen die anderen Staaten mit darauf einwirken, daß das Volk der Türkei endlich wieder frei und demokratisch entscheiden kann?

Dr. Ahrens (SPD): Herr Staatsminister, in den **französisch-deutschen Konsultationen** im Oktober vorigen Jahres haben beide Seiten eine Ausdehnung der Gespräche auch auf Fragen der Sicherheit und Verteidigung vereinbart. Es wäre sicherlich nicht vermessen, Sie zu bitten, dieser Versammlung, die auch nach Ihrer Auffassung das einzige parlamentarische Gremium ist, das über europäische Verteidigungs- und Abrüstungsfragen debattieren darf, etwas Konkretes zum Inhalt dieser Konsultationen mitzuteilen.

Noch eine zweite Frage: Ihnen sind die Vorschläge und Anregungen bekannt, die verschiedene französische Minister hier vor uns entwickelt haben und die allesamt auf eine **Aktivierung der WEU**, sowohl des Rates als auch der Versammlung, hinauslaufen. Mich würde interessieren, in welcher Weise sich die Bundesrepublik und die Bundesregierung zu diesen Vorschlägen äußert oder wie Sie sich dazu stellen.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, Sie haben davon gesprochen, daß das Votum vom 6. März 1983 auch ein Votum für ausgewogenen und nachprüfbaren Rüstungsabbau sei. Gehen Sie möglicherweise nicht zu weit, wenn Sie die **NATO-Nachrüstung** unterstützen, wenn Sie vielleicht sogar das Votum vom 6. März 1983 als ein Votum der Mehrheit für dieses Nachrüstungskonzept ansehen? Das war die erste Frage.

Die zweite Frage: Sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, daß die Formel „**aufrüsten, um abzurüsten**“ abrüstungspolitisch versagt hat? Sind Sie nicht auch der Meinung, daß Abrüstung nach dieser Formel niemals in Gang gekommen ist und daß es

vermessen ist, es jetzt in einem so gefährlichen Moment, wo weitere Atomrüstung zur Auslöschung führen kann, noch einmal mit dieser Formel zu versuchen?

Die dritte Frage: Sie sagen, daß die Freiwilligkeit die Stärke des westlichen Systems sei. Sind Sie angesichts der Sinus-Studie in der Bundesrepublik Deutschland, die feststellt, daß etwa 60 % der Bevölkerung gegen die Stationierung dieser Mittelstreckenwaffen sind, nicht mit mir der Meinung, daß man nicht von einer **Freiwilligkeit und Akzeptanz dieser nächsten Rüstungsschritte** sprechen kann?

Die vierte Frage: Sie sind die Begründung dafür schuldig geblieben, warum das Begehren der sowjetischen Regierung, die französischen und die Raketen von Großbritannien mit aufzunehmen, beispielsweise in einen Abgleich der Sprengköpfe, unakzeptabel sei. Ich hätte gern gehört, warum Sie meinen, daß dies unakzeptabel sei und wie sich die Bundesregierung in ihrer Argumentation verhalten würde, wenn beispielsweise die Tschechoslowakei in einem selbständigen Rüstungsakt über ähnliche Raketen verfügen würde, wie Frankreich oder Großbritannien sie haben. Wäre die Bundesregierung dann nicht auch der Meinung, daß solche **Raketen** selbstverständlich mit in einen **Zahlenvergleich** aufgenommen werden müßten?

Schließlich möchte ich auf meine letzte Frage von Ihnen hören, ob sich die Bundesregierung — Sie haben eingangs gesagt, daß die Bundesregierung als Ergebnis der Wahlen am 6. März 1983 an ausgewogenem und nachprüfbarem Rüstungsabbau interessiert ist — nicht auch dafür einsetzen könnte, daß auf europäischer Ebene, möglicherweise sozusagen aus dem Schoß der WEU, eine wirkliche Abrüstungsagentur, ein wirklicher **europäischer Abrüstungsausschuß** entstehen könnte.

Staatsminister Möllemann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst die beiden Fragen des Abgeordneten Dr. Holtz beantworten. Der von Ihnen angesprochene Verzicht erstreckt sich nicht allein auf unser Territorium, sondern auch auf die hier angesprochenen Waffentypen. Wir haben uns verpflichtet, **A-, B- und C-Waffen** nicht herzustellen, und wir tun dies auch nicht, gleich an welcher Stelle. Die Bundesregierung hält an dieser Auffassung fest.

Im Hinblick auf die **Situation in der Türkei** setzt sich die Bundesregierung gemeinsam mit den Partnerstaaten im Europarat, wie ich denke, in der WEU und in der NATO dafür ein, daß der von der türkischen Militärregierung vorgegebene Zeitplan zur Wiedereinführung der Demokratie eingehalten wird, damit es dort bald wieder zur vollen Gültigkeit demokratischer Grundsätze und der Menschenrechte kommt; denn dies ist eines der Kriterien der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der Allianz.

Der Disput innerhalb unseres Parlaments in der Bundesrepublik, wahrscheinlich auch bei den Kollegen in den anderen Parlamenten, geht nun aber um die Frage, welches der beste Weg der Beeinflussung

der türkischen Militärregierung auf diesem Wege ist. Wir gehen von der Überzeugung aus, daß die Nutzung unserer Kontakte, die Einhaltung der eigenen eingegangenen Verpflichtungen und das darauf gegründete Zusammenarbeiten bei gleichzeitiger Forderung nach Einhaltung des vorgegebenen Zeitplans im Vergleich zu einem Einfrieren der Kontakte oder der eingegangenen Verpflichtungen der bessere Weg ist. Wir halten an der Bewertung der Situation in der Türkei und der historischen Entwicklung fest.

Als zweites möchte ich gern etwas zu Herrn Kollegen Ahrens sagen und auf seine beiden Fragen antworten. Die eigentlich erst jetzt richtig aufgenommene **deutsch-französische Kooperation im Bereich der Verteidigungspolitik**, die Konsultationen sind im Grund die Ausfüllung des Elysée-Vertrages in einem Bereich, in dem er bisher nicht zur Anwendung gebracht worden ist. Es liegt in der Natur der besonderen Rolle Frankreichs im Bündnis, daß diese zusätzliche Art der Abstimmung, der Information und der Konsultationen zwischen zwei Nachbarn, die bei der militärischen Landesverteidigung zudem noch eine besonders herausgehobene Funktion haben, intensiviert wird.

Der französische Präsident hat vor einiger Zeit in einer Rede erklärt, worauf sich diese Zusammenarbeit nun allerdings nicht erstreckt. Sie bezieht sich nicht auf eine nukleare Zusammenarbeit, auf eine nuklear-strategische Zusammenarbeit und nicht darauf, eine Art Bündnis im Bündnis zu bilden, sondern es geht hier um die praktische Abstimmung aller die Landesverteidigung betreffenden Fragen und Planungen, damit sich diese im Bereich der Struktur der Streitkräfte, aber auch im Bereich ihrer Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung nicht gegeneinander oder nebeneinander entwickeln, sondern vernünftig aufeinander abgestimmt sind.

Die zweite Frage zielte auf die Vorschläge für die weitere Gestaltung der Arbeit der WEU ab, die es einmal hier, zum anderen aber auch an anderer Stelle gegeben hat. Sie haben auf die französischen Vorschläge abgehoben, und es gibt auch andere. Wir meinen, daß man alle diese Vorschläge sehr sorgfältig analysieren und dabei als Kriterium insbesondere zwei Fragestellungen heranziehen muß.

Wird hier möglicherweise Doppelarbeit geleistet, Arbeit zusätzlich aufgenommen, die an anderer Stelle schon effizient geleistet wird? Ich erkenne z. B. in einigen Vorschlägen, die der von mir sehr geschätzte Herr Hintermann unterbreitet hat, die Gefahr, daß sehr wichtige Tätigkeiten, die an anderer Stelle geleistet werden, noch einmal geleistet würden. Ich finde, wir sollten uns in einem Zeitalter, in dem wir alle genug zu tun haben, und in dem alle guten Leute, eben weil sie gut sind, voll ausgelastet sind, davor hüten, diese mit zusätzlicher Tätigkeit zu belasten, die darin besteht, daß man das wiederholt, was anderswo schon getan worden ist.

Ich meine, wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, als gebe es so etwas wie eine Konkurrenz zwischen dieser und anderen Organisationen. Im

Gegenteil geht es darum, sie komplementär zu anderen wirksam werden zu lassen.

Zu Herrn Vogt: Man kann Wahlergebnisse naturgemäß, je nach Betroffenheit und je nach dem Kriterium, das man selbst anlegt, unterschiedlich interpretieren. Das ist in einem internationalen Gremium besonders reizvoll.

Ich meine, es ist unbestreitbar, daß die jetzige Bundesregierung am 6. März 1983 eine deutliche Mehrheit erhalten hat. Sie hat ihre Haltung zu der hier anstehenden Frage, nämlich dem **NATO-Doppelbeschluß**, in, wie ich finde, sehr eindeutiger und klarer Art und Weise vor dem Wahltermin der Bevölkerung klargemacht. Man muß annehmen, daß die Bevölkerung nicht trotz, sondern wegen dieser Haltung so gewählt hat.

Ihre zweite Frage zielte auf die Formel „**aufrüsten, um abzurüsten**“. In der Tat wäre ein solcher Gebrauch dieser Formel nicht sehr sinnvoll. Soweit ich mich entsinnen kann, ist diese Formel in meinem Vortrag vorhin nicht gefallen. Es ist gerade das Wesen des Doppelbeschlusses, den Versuch zu unternehmen, zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen, bevor man aufrüstet, d. h. die Gegenseite in das Maß der eigenen Rüstung einzubeziehen. Dies ist ein kooperativer Ansatz, den es bis zum Doppelbeschluß so nicht gegeben hat. Ich wäre sehr froh, wenn die Sowjetunion der westlichen Allianz vorgeschlagen hätte, das Maß der Aufstellung ihrer SS-20-Systeme von vorher zu führenden Rüstungskontrollverhandlungen abhängig zu machen und uns nicht erst mit der Tatsache ihrer Aufstellung zu konfrontieren. Die Bundesregierung und, wie ich denke, die westliche Allianz werden an diesem anderen Ansatz, nämlich zu versuchen, kooperativ vorzugehen, festhalten. Eines ist allerdings klar: Wo Ungleichgewichte durch Vorrüstung entstanden sind, die durch Verhandlungen nicht beseitigt werden können, müssen eigene Verteidigungsanstrengungen das Ungleichgewicht ausgleichen. Dabei geht das westliche Bündnis nicht von einer Parität der Zahlen aus, wie der Doppelbeschluß jedermann deutlich macht, sondern es geht um die Parität der Optionen.

In Ihrer dritten Frage haben Sie auf mein Argument abgehoben, daß eine der Stärken der westlichen Allianz die **Freiwilligkeit** sei, die zur Mitgliedschaft in diesem Bündnis führt. Ich vermag nicht zu erkennen, wo Ihr Gegenargument dieses Argument aufhebt; aber ich will trotzdem auf Ihre Frage eingehen.

Sie sagten, daß bei einer Umfrage 60% der Bürger der Bundesrepublik Deutschland gegen die **Aufstellung landgestützter amerikanischer Mittelstreckenraketen** in der Bundesrepublik gewesen seien. Ich kenne aus meiner Arbeit — ich denke, die meisten der hier anwesenden Kollegen werden das ähnlich erlebt haben — eine große Vielzahl von sehr seriösen Meinungsumfragen zum Thema der Bündnispolitik und der einzelnen Aspekte der Verteidigungspolitik, die zu diesem Bereich eine außerordentlich unterschiedliche Aussagekraft haben. Von daher muß ich Sie bitten, nicht auf eine Einzel-

analyse und einen einzelnen Antwortbereich abzuheben. Der Bundesregierung liegen hinreichende Indizien dafür vor, daß sie, wenn sie gleichermaßen glaubwürdig beide Elemente des Doppelbeschlusses vertritt, hierfür auch weiterhin die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung haben wird. Dies wird nicht zuletzt davon beeinflußt werden, ob alle im Parlament der Bundesrepublik Deutschland vertretenen Parteien, die bislang für beide Elemente des Doppelbeschlusses eingetreten sind, insbesondere die Väter dieses Doppelbeschlusses, auch weiterhin zu diesem ihrem Kind stehen werden.

Sie haben mich gefragt, warum **britische und französische Sprengköpfe** nicht gemäß dem Petition der Sowjetunion in die **INF-Gespräche in Genf** einbezogen werden können. Ich habe gesagt, daß dieses Petition nach Auffassung der westlichen Allianz unakzeptabel ist, weil es sich dabei um eine erneute Einbeziehung handeln würde. Es ist Ihnen bekannt, daß bei den SALT-Gesprächen das ceiling festgelegt worden ist, das auf westlicher Seite de facto die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme vorsah, ohne daß es ausdrücklich eine Ausformulierung dieses Gedankens gegeben hat.

Nun mag man einwenden, daß SALT II nicht ratifiziert worden sei; aber ich denke, wir sind alle damit zufrieden, daß SALT II von beiden Seiten so behandelt wird, als sei es ratifiziert, und daß sich beide Seiten das wechselseitig so bescheinigen. Im übrigen haben aber — dieses Argument müßte jetzt eigentlich jemand anders hier vortragen, da das nicht meine Aufgabe ist — die französische Regierung durch eine Rede ihres Präsidenten vor dem Deutschen Bundestag und die britische Regierung durch mehrere Äußerungen der Premierministerin deutlich gemacht, daß sie eine Einbeziehung ihrer Systeme aus anderen darüber hinausgehenden Gründen nicht akzeptieren werden. Ich habe den sachlichen Aspekt vorgetragen, der für uns besonders dominierend ist.

Ich denke nicht — das bezieht sich auf Ihre letzte Frage, die Sie gestellt haben —, daß ein Mangel an **internationalen Gremien und Foren** besteht, um **zur Abrüstung** zu gelangen. Mein Eindruck ist, daß mit dem Abrüstungsangebot des Westens eine so breite Palette von Handlungsarenen geschaffen worden ist, daß es jetzt auf den politischen Willen ankommt, tatsächlich zu Reduzierungen auf dem Wege zu konkreten und überprüfbaren Vereinbarungen zu gelangen. Die westliche Seite ist dazu bereit.

Herr Präsident, abschließend möchte ich auf eine Frage zurückkommen — das war mir entfallen —, die der Kollege Vogt gestellt hat. Sie haben mehr rhetorisch gefragt, wie wir reagieren würden, wenn die Tschechoslowakei etwa auf die Idee kommen sollte, in einer Art nationalem Alleingang Nuklearsysteme zu produzieren oder zu stationieren. Ich glaube, wir alle sind uns angesichts der Realitäten darüber im klaren, daß diese Frage ungewöhnlich rhetorischen Charakter hat. Sie haben dann die Situation der Tschechoslowakei mit der Situation Frankreichs verglichen. Ich glaube, die objektive Situation dieser beiden Staaten im Verhältnis zu ih-

rem jeweiligen Bündnissystem ist so unterschiedlich, daß sich jede weitere Erörterung dieser Frage erübrigt.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, ich bin durch die letzte Bemerkung doch zu einer Zusatzfrage veranlaßt. Es müßte in einer solchen Versammlung zulässig sein, — wie ich das mit dem hypothetischen Raketenland CSSR getan habe — gewissermaßen logische Hilfsmittel hinzuzunehmen. Ich glaube, darin sollten wir einig sein.

Ich möchte die Frage etwas ausweiten. Sind Sie nicht der Meinung, daß für den Fall, daß die **Verhandlungen in Genf** tatsächlich scheitern und die Aufstellung der SS 20 ungehemmt weitergeht und ebenso die NATO zur Aufstellung der Pershing 2 und der Cruise Missiles schreitet, der Versuch, durch einen Zeitaufschub zu Verhandlungen zu kommen, also die andere Seite in das Maß der Aufrüstung einzubeziehen, ebenso als gescheitert zu gelten hat wie andere Abrüstungsformeln? Sind Sie nicht auch besorgt darüber, daß, wie ich gehört habe, die Sowjetunion dazu übergehen könnte, ihre bisher noch nicht außer Landes stationierten Mittelstreckenraketen nach vorne, auf die Bundesrepublik, auf Westeuropa zu, zu stationieren und damit der verkürzten Vorwarnzeit der NATO, nämlich durch die Pershing 2, eine entsprechend verkürzte Vorwarnzeit auf der Grundlage der SS 20 entgegenzusetzen? Sind Sie dann nicht der Meinung, daß die jetzt schon betriebene NATO-Nachrüstung, — insofern betrieben, als die Bauvorbereitungsarbeiten in Italien, Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland schon laufen — durchaus gegen den Willen der Verfechter dieses Konzepts dazu beitragen könnte, die Gefahr eines Nuklearkrieges, und zwar eines Nuklearkrieges zum Beispiel durch Irrtum, erheblich zu erhöhen?

Schwarz (CDU/CSU): Herr Staatsminister, haben Sie bei Ihrer Antwort, daß in der Türkei der Terminkalender durch die Generale eingehalten würde und daß Sie alles versuchen würden, weiterzuhelfen, auch die Vorgänge der vergangenen Woche in der **Türkei** berücksichtigt? Da ist eine nach neuem türkischen Recht gegründete Partei verboten worden, 16 Politiker sind in die Verbannung geschickt worden. Teilen Sie meine Meinung, daß es wichtiger ist, daß die demokratischen Freiheiten in der Türkei hergestellt werden, als daß der Terminkalender eingehalten wird, daß also die Wahlen am 6. November freie demokratische Wahlen in unserem Sinne sind und nicht ein Schauspiel darstellen? Teilen Sie auch meine Meinung, daß es notwendig ist, daß sich die Bundesregierung wirklich massiv dafür einsetzen muß, daß die 16 verhafteten Politiker freigelassen werden müssen, wenn das Verhältnis zum Europarat und zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei so freundlich bleiben soll, wie es in der Vergangenheit gewesen ist?

Staatsminister Möllemann: Zunächst zu den Fragen des Kollegen Vogt. Wenn die auf der Grundlage des Doppelbeschlusses geführten **Verhandlungen in Genf** weder ein Ergebnis der beiderseitigen Null-

Lösung noch ein Zwischenergebnis brächten, wäre das natürlich ein von allen Seiten deswegen zu dauerndes Ergebnis, weil dann dem Bündnis entsprechend seiner getroffenen Entscheidung in der Tat keine andere Möglichkeit bliebe, als das Ungleichgewicht, das sich seither entwickelt hat, durch die Aufstellung eigener landgestützter Mittelstreckensysteme vom Typ Pershing 2 und Cruise Missile auszugleichen.

Mein Eindruck ist aber nach der Beurteilung des bisherigen Fortgangs der Verhandlungen, daß ein solcher Pessimismus zum jetzigen Zeitpunkt zumindest sehr hypothetischer Art ist. Ich möchte das an drei Beispielen belegen, Herr Präsident, kurz und knapp:

Erstens. Die Sowjetunion hat zunächst jede Art von Verhandlungen über den Doppelbeschluß abgelehnt. Sie hat vielmehr verlangt, er müsse aufgehoben, zumindest aber ausgesetzt werden.

Zweitens. Sie hat sich geweigert, über Sprengköpfe zu verhandeln. Sie wollte nur über Raketen, über Trägersysteme sprechen. Aus naheliegenden Gründen konnte das nicht in Frage kommen, weil die sowjetischen Trägersysteme drei Sprengköpfe tragen, die Pershing 2, wenn sie jetzt aufgestellt wird, nur einen.

Drittens. Die Sowjetunion hat schließlich zu Beginn der Gespräche wiederholt, wesentliche Konzessionen ihrerseits seien allein schon deshalb ausgeschlossen, weil in diesem Bereich faktisch Parität bestehe. Die Andropow-Rede weist nun aber eindeutig darauf hin, daß auch die Sowjetunion zu disparitätischen Reduzierungen bereit ist, also ein Ungleichgewicht der Kräfte einräumt. Es wäre auch allzu offenkundig, würde sie das nicht tun, denn, meine Damen und Herren, eines ist ja im wahrsten Sinne des Wortes phänomenal, daß es eine Macht wie die Sowjetunion geschafft hat, seit dem 13. Dezember 1979 eine geradezu gigantische Propagandakampagne dagegen zu führen, daß möglicherweise ab Dezember 1983 westliche Systeme aufgestellt werden könnten, selbst aber Woche für Woche eine weitere Abschußvorrichtung SS 20 aufzustellen.

Dieses Verfahren nennt man bei uns mit einem volkstümlichen Wort die Methode: „Haltet den Dieb!“ Das Schlimme ist nur, daß bei uns noch einige darauf hereinfallen.

Sie haben zum anderen darauf abgehoben, daß die Sowjetunion möglicherweise in einer solchen Situation ihre SS 20 nach vorn verlagern könnte. Die Mobilität dieser Systeme läßt eine Bewegung nach hinten und nach vorne zu, was erklärt, daß mittlerweile nicht nur Japan, sondern auch die ASEAN-Staaten nervös geworden sind.

Ich glaube aber, Sie haben die Äußerungen der sowjetischen Führung aus der letzten Woche falsch verstanden. Sie spricht nicht von einer Verlagerung, sondern von einer zusätzlichen Aufstellung weiterer Systeme in den ihr westlich vorgelagerten Allianzstaaten, und das wäre in der Tat eine Erweiterung der Diskrepanz im Kräfteverhältnis.

Ein Letztes. Die Aufstellung von 108 Pershing-2-Systemen ist mitnichten und unter keiner seriösen Betrachtungsweise in Beziehung zu setzen zu dem Wort „Erstschlag“. Ein System, das nicht einmal Moskau erreichen kann, das gerade 2 000 Kilometer weit fliegt und damit die wesentlichen Schalt- und Führungszentralen des sowjetischen Machtbereichs nicht erreichen kann, das gerade 10 % des sowjetischen strategischen Nuklearpotentials abdeckt, ein solches Potential als Erstschlagpotential zu bezeichnen, ist von der Sache her absolut unbegründet. Es war gerade die Philosophie, die seinerzeit von Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher geprägt wurde, in diesem Bereich nicht nach zahlenmäßiger Gleichheit, sondern unter dem Gesichtspunkt der, efficiency nach einer Parität der Optionen die Abschreckung auch in diesem Bereich sicherzustellen.

Die letzte Bemerkung zu Herrn Kollegen Schwarz. Ich stimme Ihnen völlig zu, daß die Entwicklung der letzten Woche unsere Erwartungen nicht erfüllt hat, im Gegenteil, daß die Zusagen, die dem Westen gegeben worden sind, sich nicht nur auf einen Zeitraum, sondern auch auf Inhalte erstreckt haben. Natürlich müssen wir als Parlamentarier nicht nur als Verfechter der Idee der Freiheit unseren Kollegen in der **Türkei** — es handelt sich ja überwiegend um ehemalige Kollegen — zur Seite stehen und für deren Freilassung eintreten. Die Bundesregierung wie die übrigen Staaten des westlichen Bündnisses tut gut daran, das gesamte Instrumentarium ihrer Einwirkungsmöglichkeiten zu nutzen. Mein Eindruck ist nur, Herr Kollege Schwarz, daß dies um so überzeugender und wirkungsvoller geschieht, je nachdrücklicher wir der Türkei deutlich machen, daß sie unter diesen Prämissen ihren Platz in unserem Bündnis behalten soll, weil wir weiterhin mit ihr partnerschaftlich zusammenarbeiten wollen.

Tagesordnungspunkt:

China und die europäische Sicherheit

(Dokument 945)

Berichterstatter: Abg. Caro (Italien)

(Themen: *Wirtschaftsfragen — politische Optionen — Verteidigungspolitik — Außenpolitik*)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Zunächst möchte ich ein sehr herzliches Wort des Dankes an den Berichterstatter, den Kollegen Caro, richten für seinen Bericht. Ich betrachte den Bericht als ein Dokument. Ich war einer, der bei dieser Delegation mit dabei war, der das gleiche miterlebt hat, der die gleichen Gespräche mitnotiert hat wie unser Berichterstatter und der auf Grund seiner eigenen Notizen sicher feststellen konnte, wie korrekt der Kollege Caro hier alles in diesem Bericht zusammengefaßt hat. Er wird auf Dauer ein wertvolles Dokument bleiben.

Wenn wir zu **China** Stellung nehmen wollen, müssen wir immer bedenken, daß Europa früher ein sehr eigenartiges Verhältnis zu diesem Land hatte

und daß diese gelegentlich philosophischen Gefühle, die hier aufgetreten sind, immer noch ein bißchen in den Köpfen der Europäer herumspuken. Wenn ich nur an das Wort von der Gelben Gefahr erinnere, das ja einmal eine Rolle gespielt hat, auch in der politischen Diskussion in Europa, dann wird das deutlich. Insofern war die Besuchsreise des Politischen Ausschusses nach China ein Beitrag dazu, bestimmte Dinge zurechtzurücken, die vielleicht in den Köpfen in Europa gespuht haben. Das war das Wertvolle an dieser Reise.

Ich möchte zu drei Problemen ganz kurz Stellung nehmen.

Erstens, die Frage der **wirtschaftlichen Zusammenarbeit**. Ich glaube, das ist ein Punkt, der mehr betrachtet werden sollte. Dieses riesige Land ist, wie wir selbst sehen konnten, darauf angewiesen, technisches Know-how einzuführen. Ein Partner, der nicht zu den Supermächten, zu den Hegemonmächten gehört, von denen in China immer gesprochen wurde, ist eben Westeuropa. Das könnte sich hier als nützlich erweisen.

In diesem Zusammenhang, glaube ich, ist auch wichtig, daß man an eine Kooperation zwischen China und Industrienationen Westeuropas in der Dritten Welt denkt. Ich habe selbst bei dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten diese Frage aufgegriffen, und er hat sich sehr zustimmend dazu geäußert. Das ist ein Punkt, den wir langfristig weiter im Auge behalten sollten.

Was die **Außenpolitik Chinas** betrifft, so möchte ich zur Frage Kambodscha nur sagen, daß mich sehr beeindruckt hat, daß ich von allen Seiten gehört habe, daß die Chinesen offensichtlich für Kambodscha einen unabhängigen Weg zulassen. Man weiß, daß der Schlüssel dazu — das wurde uns immer wieder gesagt —, in der Sowjetunion liegt. Ohne die Hilfe der Sowjetunion könnte Vietnam diese Politik gegenüber Kambodscha nicht betreiben.

Damit bin ich beim dritten Punkt, beim **Verhältnis Chinas zur Sowjetunion**. Mir wurde auch in den Gesprächen am Rande, nicht nur bei den offiziellen, immer deutlicher, daß die Chinesen wissen, daß die einzig wirklich noch existierende Kolonialmacht, die es in der Welt gibt, die Sowjetunion ist; denn große Teile Asiens sind ja unter der Zarenherrschaft erobert worden. Die ungleichen Verträge sind zitiert worden. China selbst fühlt sich besonders betroffen. Ich weiß, daß China dieses Problem nicht mit Gewalt lösen will. Aber China wird es nie vergessen und wird es immer als einen Anspruch seiner Souveränität sehen.

In diesem Zusammenhang spielt auch Afghanistan eine Rolle, weil der Angriff der Sowjets auf Afghanistan von den Chinesen als eine direkte Bedrohung der Souveränität Chinas als ein an Afghanistan angrenzendes Land gesehen wird. Uns wurde immer wieder gesagt, wir im Westen müßten beachten, daß die Politik, die die Sowjetunion in Afghanistan macht, nur ein erster Schritt ist, der weitergreifen kann, in den Raum des Mittleren Ostens hinein.

Letzte Bemerkung. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß unter § 135 im Bericht des Kollegen Caro die Stellungnahme auch der **Chinesen zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands** aufgeführt ist. Es scheint mir ein sehr wichtiger Punkt zu sein — hier sind wir für die chinesische Haltung sehr dankbar —, wenn sie von der Unteilbarkeit Deutschlands sprechen und wenn sie dieses Problem in dieser Form ansprechen.

Letzter Satz, um allen Illusionen aus dem Weg zu gehen: Sicher, China spielt für die Sicherheit in Europa eine ganz außerordentliche Rolle. Auch ein passiver Partner in der Weltpolitik beeinflußt das Kräftegleichgewicht. Aber wir sollten uns aus dem Kopf schlagen, daß hier, etwa bei einer Bedrohung durch die Sowjetunion ein Bündnispartner vorhanden sein könnte.

Ich möchte hier zum Schluß ein Wort Mao Zedongs zitieren: „Ferne Wasser löschen keinen nahen Brand.“ Das gilt auch für uns, wenn wir die Frage der Rolle Chinas in unseren Sicherheitsüberlegungen mit ins Kalkül einbeziehen.

Dienstag, 7. Juni 1983

Tagesordnungspunkt:

China und die europäische Sicherheit

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Scheer (SPD): Der Caro-Bericht ist nach unserer bzw. der Auffassung der deutschen Sozialdemokraten in der sozialistischen Gruppe durchaus bemerkenswert. Ich möchte in einigen Punkten die Perspektiven aufzeigen. Es gibt einige wichtige Akzente, die ich umschreiben möchte. Hinsichtlich der **Übereinstimmung der chinesischen und der westeuropäischen Interessen** gibt es erstens folgenden Punkt:

Wenn das Hauptkriterium der chinesischen Außenpolitik der Abbau des Hegemonismus ist — dabei ist vor allem von dem Hegemonismus der beiden atomaren Supermächte die Rede —, dann bedeutet dies im Ergebnis, daß alles, was wir in Europa zum Abbau der Spannungen tun können, darauf hinausläuft, daß die Bipolarismen, die es zwischen den beiden atomaren Supermächten einerseits und zwischen Ost und West andererseits mit den ideologischen Differenzen gibt, automatisch mit dem chinesischen Interesse einhergeht, den Hegemonismus zu überwinden. Dabei ist es natürlich Bestandteil der chinesischen Außenpolitik, nach einigen unterschiedlichen Erfahrungen eine Art von Äquidistanz zu schaffen, und das kann nicht unsere Position sein. Trotzdem hat sich bei der Entspannungspolitik etwa seit dem Harmel-Bericht der NATO aus dem Jahre 1967 gezeigt, welchen großen Beitrag wir mit einer europäischen Entspannungspolitik leisten können, der dann auch durchaus den chinesischen

Ambitionen entspricht. Das heißt, es gibt hier keine Gegensätze prinzipieller Art, wenn auch das **Verständnis der chinesischen Seite für die europäische Entspannungspolitik** lange Zeit noch nicht so war, wie es vielleicht heute langsam zu wachsen beginnt. Um so wichtiger ist es, daß wir die politische Konzeption der Entspannungspolitik nicht fallenlassen.

Ein zweiter Punkt. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt hat vor einigen Tagen in einem Vortrag darauf hingewiesen, daß es in Zukunft darauf ankommt, neben den beiden Pfeilern der NATO-Politik, die sich seit dem Ende der 60er Jahre entwickelt haben, nämlich Sicherheit und Entspannung, als dritte Komponente die Unterstützung **wirtschaftlicher Entwicklung in der Dritten Welt** hinzuzufügen. Auch hier ergibt sich eine wesentliche Gemeinsamkeit mit der chinesischen Außenpolitik; denn China ist in erster Linie im Grunde genommen in seinem Selbstverständnis ein durchaus bemerkenswert entwickeltes Entwicklungsland. Diese dritte Komponente muß verstärkt Bestandteil unserer Politik werden. Die Hilfe für die Dritte Welt muß im Sinne der Blockfreiheit der Dritten Welt gewährt werden, damit die Dritte-Welt-Politik nicht Bestandteil des Ost-West-Konflikts wird. Das ist eine wesentliche Komponente, wo es übereinstimmende Interessen gibt, wenn sich die europäische Politik so entwickelt, wie ich das soeben beschrieben habe. Ich möchte noch einen dritten Punkt ergänzen.

In der chinesischen Außenpolitik gibt es einen Punkt, der in den nächsten Jahren nach meiner Einschätzung noch überdacht werden wird. Ich meine die Frage, inwieweit China an internationalen Verhandlungen zur **Beendigung des Wettrüstens** teilnimmt. Die bisherige chinesische Position sagt: Es müssen zunächst von beiden atomaren Supermächten Vorleistungen erbracht werden. Das heißt, es ist zunächst ein erheblicher Abbau der Nuklearrüstung notwendig, ehe China bereit ist, sich an solchen Verhandlungen zu beteiligen. Es ist für die friedenspolitische Entwicklung in der Welt von unbezweifelnder Bedeutung, daß irgendwann einmal die Situation entsteht, daß sich China an solchen Verhandlungen beteiligen kann. Dies wird in großem Maße davon abhängen, ob es insbesondere Fortschritte in der nuklearen Abrüstung gibt.

Ich schließe damit: Hier ist von uns ein großer, aktiver Beitrag zu leisten. Im Moment ist die Perspektive nicht unbedingt so, daß hier schon große Fortschritte zu erwarten sind. Im Gegenteil haben wir alle hier einen großen Nachholbedarf.

Abg. Vogt (Kaiserslautern) beantragt, Ziffer VI der nachstehenden Empfehlung 393 zu streichen:

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit einem gewissen Erstaunen festgestellt, daß in einem Empfehlungsentwurf, der die Beziehungen zwischen Westeuropa und der Volksrepublik China zum Inhalt hat, noch einmal bekräftigt worden ist, daß wir besondere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten haben.

Wenn Herr Caro gerade eben wieder von der europäischen Identität gesprochen hat, dann meine ich, daß es nicht so gut dazu paßt, wenn man die europäische Identität dadurch festschreibt, daß man die besonderen Beziehungen, man könnte auch sagen: die besonderen **Abhängigkeiten Europas von den USA** besonders herausstreicht. Ich finde also, kurz gesagt, diese besondere Erwähnung geradezu peinlich, gerade in einem Zusammenhang, wo man souveräne und autonome Beziehungen zu einer anderen durchaus starken Macht hervorhebt.

Ich bin deshalb — das klingt in diesem Änderungsantrag etwas lapidar und unbegründet — dafür, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen.

Das war der eine Änderungsantrag. Ich weiß nicht, ob ich jetzt schon daran bin, auch den zweiten Änderungsantrag zu begründen. Da kann ich vielleicht noch einmal zu Wort kommen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Zu dem Änderungsantrag des Kollegen Vogt möchte ich sagen, daß ich ihn ablehne. Ich glaube, es geht darum, nicht irgendwelche Wunschträume und Erwartungen hier in einem Bericht aufzunehmen, sondern die Realität zu schildern. Diese Realität wird so geschildert, wie das unser Berichterstatter, Herr Caro, getan hat. Realität ist ja — das ist bei den Gesprächen, bei denen ich in China dabei war, immer wieder zum Ausdruck gekommen —, daß **die Länder der Westeuropäischen Union einem Militärbündnis angehören**, der NATO, und daß dieses Bündnis — das ist gerade in diesen Tagen auch hier in der Versammlung gesagt worden — auf zwei Säulen ruht, wie es Kennedy einmal formuliert hat, dem europäischen und dem amerikanischen Beitrag. Dies zu leugnen, dies ausschalten zu wollen heißt, die Realität nicht zu sehen. Wir sind doch realistische Politiker, und deswegen wollen wir es so formuliert lassen, wie es im Bericht des Kollegen Caro steht.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Ich muß trotzdem sagen: Die Verpflichtungen auch der westeuropäischen NATO-Länder gegenüber den USA sind ja hinreichend bekannt. Ich sehe nicht ein, warum die in einem solchen Dokument noch einmal eine besondere Erwähnung finden sollten. Ich halte es auch für unweise, eine solche Erwähnung vorzunehmen, weil das gegenüber einer anderen Macht, die ja doch zwischen den Zeilen immer gemeint sein dürfte, eine Einkreisungsfurcht und damit ein Moment der Instabilität in der weltpolitischen Lage, in der wir uns befinden, bringt. Eine andere Art von Realismus, Herr Müller, der darauf achtet, daß man nicht immer wieder diese Ängste weckt, die dann vielleicht zu einer Einkreisungsfurcht oder gar einer Panikreaktion der SU führen könnten. Ich meine nicht, daß es ein Moment des Realismus ist, sondern vielmehr in grotesker Weise die Abhängigkeit der Europäer von den USA beschreibt, wenn diese in einem Dokument über die Beziehungen Westeuropa — China so hervorgehoben wird.

(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)

Abg. Vogt (Kaiserslautern) bringt den Änderungsantrag ein, nach Ziffer 5 der nachstehenden Empfehlung 393 folgenden Absatz einzufügen:

„an die Volksrepublik China zu appellieren, daß sie die Versuche mit Atomwaffen und Trägerraketen — insbesondere im Pazifik — einstellt, um dadurch den tiefen Besorgnissen der pazifischen Völker über derartige Aktivitäten der Atom-mächte Rechnung zu tragen und zugleich ein gutes Beispiel im Interesse des Überlebens der Menschheit zu setzen;“

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Ich habe mit einer gewissen Befriedigung festgestellt, daß in diesem Text eine sehr sinnvolle Empfehlung drinsteht, nämlich daß, wenn die Sowjetunion dazu gebracht werden kann, die SS 20 als Drohpotential gegenüber Westeuropa zurückzunehmen, dies selbstverständlich nicht zu Lasten einer anderen Region gehen darf. Auf der anderen Seite ist es doch so, daß die Volksrepublik China selbst zu einem beunruhigenden Faktor geworden ist, und zwar insbesondere insofern, als die Volksrepublik China wie andere Atom-mächte den **Pazifik als Raketenversuchsgelände** ausersehen hat. Sie benutzt ihn als Versuchsgelände für Atomwaffen und beeinträchtigt damit die vitalen Interessen der Anrainer dieser Region erheblich.

Ich meine, wenn schon in einer solchen Resolution eine Empfehlung an eine andere Atom-macht gegeben wird — und diese Empfehlung an die Adresse der Sowjetunion begrüße ich —, dann sollte man darauf hinweisen, daß die Atom-macht China ebenfalls eine Vorleistung erbringen sollte. Sie sollte insbesondere damit aufhören, dieses Gebiet des Pazifik — das ist immerhin ein Drittel der Erdoberfläche — durch Atomversuche und durch Raketenversuche zu beunruhigen. Ich will das noch ein bißchen illustrieren. Für die Länder des Pazifik ist es unerträglich, wenn ihre Nahrungsgrundlage, insbesondere die Nahrungsgrundlage im Meer — Fischfang —, beeinträchtigt wird durch Zerstörungen, die durch Atomversuche hervorgerufen werden. Es wäre genauso, wie wenn man Atomraketen in den großen Weizenplantagen der USA erproben und die atomare Verseuchung in Kauf nehmen würde oder wenn man Atomversuche in den Reisfeldern Chinas vornehmen würde und atomare Verseuchungen an diesen Nahrungsquellen, an diesen Nahrungsmitteln hervorrufen würde.

Nun kann man sagen, daß eine Vereinigung, die Westeuropäische Union, in der sich ein Land wie Frankreich befindet, das diese Anrainerstaaten des Pazifik ebenfalls durch Atomversuche beunruhigt, nicht sehr glaubwürdig ist, wenn sie einer anderen Atom-macht derartige Empfehlungen gibt. Ich meine, es wäre eine Unterlassung, die der Unterlassung unserer Eltern gegenüber den Naziverbrechen durchaus gleichkäme, wenn wir zur Erprobung der Waffen des Dritten Weltkrieges und gegenüber den Atomtests schweigen würden, deren Auswirkungen medizinischen Versuchen am lebendigen Organismus durchaus gleichkommen.

Ich will in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß seinerzeit, als das Schwarzpulver erfunden worden ist, es nicht die Chinesen waren, die es benutzt haben, um darauf eine zerstörerische Politik aufzubauen, sondern die Europäer. Es würde in der heutigen Situation den Europäern durchaus gut anstehen, im Hinblick auf die Entfesselung der atomaren Kernspaltung eine gemeinsame Politik miteinander mit China zu entwickeln, die uns von dieser Geißel der Menschheit befreit. — Danke schön, Herr Präsident.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident, das Problem, das durch diesen Antrag aufgeworfen ist, ist im zweiten Teil der Ausführungen des Kollegen Vogt hervorgehoben worden. Das Problem besteht darin, daß auf der einen Seite ein Appell an die Volksrepublik China gerichtet wird — ich halte ihn grundsätzlich für richtig, aktuell und notwendig —, und das auf der anderen Seite auch diejenigen, für die wir hier sprechen, vielleicht nicht unbedingt — um es vorsichtig auszudrücken — in der Vergangenheit die ernsthaftesten Bemühungen gezeigt haben — ich meine damit nicht nur einen Partner im europäischen Raum —, um tatsächlich zu einem Teststoppabkommen zu kommen. Es ist eine große Blamage, daß seit 1963, seit dem begrenzten **Teststoppvertrag**, hier weltweit keine Fortschritte erzielt worden sind.

Es bleibt aber das Problem, daß wir an China schlecht appellieren können in einer Sache, die bei uns selbst nicht ausreichend beachtet wird, die nicht mit der entsprechenden Intensität verfolgt wird. Ich weiß nicht — ich bin hier ein neues Mitglied —, ob es geschäftsordnungsmäßig möglich ist: Ich schlage vor, daß wir diesen Antrag in einer Veränderung annehmen. Diese kleine Änderung könnte so lauten, daß wir im Bemühen um einen umfassenden Teststopp auch an die Volksrepublik China appellieren. Das Bemühen, das ich damit anspreche, ist die Genfer Abrüstungskommission, in der es ja einen gemeinsamen Vorschlag — unter anderem der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und auch einiger anderer europäischer Partner — gibt, um zu einem umfassenden Teststoppabkommen zu kommen. Damit hätte man gewissermaßen eine Glaubwürdigkeit erzielt, die uns weiterbringen würde. Mein Vorschlag ist also, daß wir den Antrag in der veränderten Fassung annehmen: „Im Bemühen um einen umfassenden Teststopp appellieren wir auch an die ...“ Dann könnte der Text so weitergehen.

Es liegt jetzt, wie ich das einschätze, an Ihnen, Herr Präsident, ob Sie diese Möglichkeit zulassen.

(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)

Empfehlung 393

betr. China und die europäische Sicherheit

Die Versammlung

- (i) vertritt die Ansicht, daß der Vorrang, den die Volksrepublik China ihrer inneren Entwick-

lung gibt, sie in dauerhafter Weise auf die Suche nach internationalem Frieden hin orientiert;

- (ii) vertritt die Ansicht, daß die Volksrepublik China einen wesentlichen Faktor des Weltgleichgewichts darstellt und daß die Entwicklung ihrer Wirtschaft sie dazu bewegen sollte, eine immer wichtigere Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen;
- (iii) vertritt die Ansicht, daß Westeuropa und China trotz ihrer unterschiedlichen politischen und sozialen Systeme in zahlreichen Bereichen übereinstimmende Interessen haben;
- (iv) vertritt die Ansicht, daß die Entwicklung der Handelsbeziehungen und der Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und China einem gemeinsamen Interesse entspricht;
- (v) berücksichtigt, daß die Volksrepublik China den europäischen Staaten und Unternehmen derzeit Vorschläge über eine für beide Seiten interessante Zusammenarbeit unterbreitet;
- (vi) bekräftigt die Verpflichtungen, die Westeuropa eng an die Vereinigten Staaten binden, insbesondere in allen Bereichen der Verteidigung und der Sicherheit,

empfiehlt dem Rat,

1. dafür Sorge zu tragen, daß die westeuropäischen Länder in dem dafür am besten geeigneten Rahmen regelmäßige Konsultationen mit der Regierung der Volksrepublik China über Fragen in Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt einleiten;
2. die Möglichkeit, den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und China zu entwickeln, in einem entsprechenden Rahmen sorgfältig zu untersuchen;
3. alle Hindernisse zu beseitigen, die derzeit der Entwicklung dieses Handels und dieser Zusammenarbeit entgegenstehen, und insbesondere die COCOM-Handelsbeschränkungen gegenüber den Ländern des Ostens aufzuheben;
4. diesen Standpunkt gegenüber den Vereinigten Staaten und ihren Partnern in der OECD zu vertreten;
5. darauf zu beharren, daß die INF-Verhandlungen der Sowjetunion nicht die Möglichkeit geben, in Asien die Waffen zu dislozieren, die aus Osteuropa abgezogen worden sind;
6. seine Mitglieder dringend aufzufordern, eine konzertierte Politik zu verfolgen, damit die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden in Ostasien geschaffen werden, und sich vor allem um die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates in Kambodscha zu bemühen und die Suche der beteiligten Staaten nach einer Verhandlungslösung für Hongkong zu erleichtern.

Tagesordnungspunkt:

28. Jahresbericht des Rates der WEU

Berichterstatter: Claude Cheysson (französischer Außenminister und amtierender Vorsitzender des Rates)

(Dokument 942)

(Themen: Die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung — INF-Verhandlungen — Französische Abschreckungsmacht — Rolle der WEU und ihrer Versammlung)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Minister, Sie haben in Ihrer Eigenschaft als Präsident des Rates der WEU davon gesprochen, daß es eine große Propagandakampagne gebe und, wenn ich Sie richtig verstanden habe, daß ein Ergebnis dieser Propagandakampagne auch die **Friedensbewegung** sei. Können Sie sich vorstellen, daß es autonome Gründe gibt, also Gründe einer Beunruhigung völlig unabhängig von irgendwelchen Propagandakampagnen interessierter Supermächte, die Menschen dazu bringt, sich gegen eine weitere Stationierung von atomaren Waffen in Europa auszusprechen?

Der zweite Teil meiner Frage: Ist es denkbar, daß die sehr heftige Zurückweisung dieser Bemühungen der Friedensbewegung innerhalb der europäischen NATO-Länder durch die französische Regierung damit zusammenhängt, daß das gesamte Konzept der Verteidigung auf atomarer Grundlage der französischen Regierung sozusagen das Gelände auch der Bundesrepublik als eine Art Vorfeld für die eigene Verteidigung betrachtet? Ich möchte hinzufügen, wenn dies der Fall wäre, dann kann das aus unserer Sicht nicht akzeptiert werden, weil wir all diese Waffen aus der Sicht des „Endverbrauchers“, also der künftigen Opfer sehen, ganz gleich, ob es sich um die Pluton 1 und 2, die Hades, die SS 20 oder die Pershing 2, Cruise Missiles oder sogenannte „faktische Atomwaffen“ auf dem Territorium der Bundesrepublik handelt.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Minister, gestatten Sie mir zwei kurze Fragen, nachdem ich Ihnen zunächst herzlich für Ihren Vortrag danke, der sich durch eine bemerkenswerte Deutlichkeit und Klarheit ausgezeichnet hat.

Herr Minister, die erste Frage lautet, ob die französische Regierung bei ihrer Haltung, die Sie hier bekräftigt haben, ihre nuklearen Streitkräfte nicht in die **Genfer Abrüstungsgespräche** einzubeziehen, auch von der völligen Ungleichheit der Forderungen leiten läßt, die die sowjetische Regierung stellt und die ja die Einbeziehung sowohl der französischen wie der entsprechenden britischen Streitkräfte fordert, die zum größten Teil seegestützte Nuklearstreitkräfte sind, während die Sowjetunion selbst gar nicht daran denkt, ihre eigenen umfassenden seegestützten Mittelstreckenraketen in irgendeiner Weise in diese Abrüstungsgespräche einzubeziehen, sondern lediglich ihre landgestützten.

Mich würde also interessieren, ob dies ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Entscheidung der französischen Regierung ist.

Zweitens habe ich die Frage an Sie, wie Sie die Haltung der sowjetischen Regierung im Hinblick auf die Abrüstungsgespräche beurteilen, über die Sie sehr eingehende Ausführungen gemacht haben. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß der frühere Generalsekretär Breschnew im Frühjahr 1981 von sich aus erklärt hat, daß die Sowjetunion einseitig nunmehr auf jede weitere **Stationierung von Mittelstreckenraketen**, die gegen Westeuropa disloziert werden, verzichten werde? Damals zählten die westlichen Beobachter eine Anzahl von etwa 220 bis 250 Systeme. Heute, zwei Jahre nach diesen Versprechungen des damaligen Generalsekretärs Breschnew, zählt die Beobachtung etwa 100 Systeme mehr. Wie beurteilt Ihre Regierung die Tatsache, daß ganz offensichtlich die sowjetische Regierung nicht im Traum daran gedacht hat, sich an ihre eigene Zusage zu halten und einseitig auf die weitere Stationierung von Mittelstreckensystemen, die auf Europa gerichtet sind, zu verzichten?

Dr. Scheer (SPD): Herr Minister, ich möchte Bezug nehmen auf die französische Haltung, zu der Sie heute auch bei den **Mittelstreckenverhandlungen** gesprochen haben, und noch einmal die Gründe nachfragen, warum nicht oder, wenn ja, unter welchen Voraussetzungen das **Potential der französischen Freunde** mit berücksichtigt werden soll, wobei „Berücksichtigung“ eine weit gedehnte Formulierung darstellt.

Ich sage das deshalb, weil erstens der NATO-Doppelbeschluß ein Beschluß war, bei dem es um euro-nukleare Rüstungskontrolle ging, nachdem diese Problematik bei SALT II unberücksichtigt blieb, weil zweitens natürlich die französischen Systeme, wie Sie selbst sagten, dem Westen bei der Abschreckung helfen und damit gewissermaßen Bestandteil des gesamten Spektrums sind, weil es drittens auch bei früheren Verhandlungen — SALT I, MBFR — eine Mitberücksichtigung in einer bestimmten Form gab und weil viertens ein Verhandlungserfolg möglicherweise sehr stark davon abhängt. Ich beziehe mich dabei vor allem auf seriöse Vorschläge, wie sie in den letzten zwei Jahren im Westen dazu gemacht worden sind.

Ich erinnere daran, daß diskutiert wird, es bei den START-Verhandlungen irgendwie zu berücksichtigen, dies in Verbindung mit den INF-Verhandlungen zu bringen. Wir haben es bei den INF-Verhandlungen mit dem Problem zu tun, daß wir drei künstliche Verhandlungsausschnitte diskutieren, nämlich

- a) nur Mittelstreckenwaffen,
- b) nur landgestützte Mittelstreckenraketen und
- c) das dann möglicherweise nur im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis. Das erschwert die Verhandlungen sehr stark, zumal 1979 ursprünglich an eine Behandlung in einer SALT III-Runde gedacht war, nicht aber an eine gesonderte Verhandlungsrunde.

Nun frage ich: Unter welchen Voraussetzungen könnten Sie sich vorstellen, daß es unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte eine Berücksichtigung im weitesten Sinne des Wortes gibt, wobei ich den französischen Standpunkt vor allem in einer Hinsicht verstehen kann, der nämlich besagt, Frankreich lehne es ab, daß über seine Systeme verhandelt wird, wenn es nicht daran beteiligt ist.

Meine Frage: Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, — das ist eine Idee, die bisher kaum diskutiert wird —, daß sich Frankreich unmittelbar an diesen Verhandlungen beteiligt, weil dieses vielleicht einen neuen Weg zu einer Lösung erschließen würde, was nicht nur für die INF-Verhandlungen gilt?

Auf die drei vorstehenden Fragen sowie weitere Einlassungen von Mitgliedern der Versammlung geht Außenminister Cheysson in seinen abschließenden Ausführungen im einzelnen nicht ein. Er betont vielmehr erneut, daß die Versammlung der WEU ein berufenes und geeignetes Forum zur öffentlichen Erörterung aller verteidigungspolitischen Fragen sei. Die französische Regierung bestreite niemandem das Recht, in öffentlichen Kundgebungen seinen Friedenswillen zum Ausdruck zu bringen; doch auf die Frage, ob der Pazifismus den Frieden garantieren könne, laute die Antwort seiner Regierung, erstes Ziel sei es heute, den Krieg undenkbar zu machen. Nuklearwaffen seien die Waffen des Friedens, weil sie den Krieg undenkbar machten.

Tagesordnungspunkt:

Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates

(Dokument 948)

Berichterstatter: Abg. Prussen (Luxemburg)

(Themen: Fortdauer der Sicherheitsaspekte des Brüsseler Vertrages — die politische Rolle der Versammlung der WEU — mögliche Anpassungen der Vertragsprotokolle II, III und IV und die politischen Gegebenheiten der achtziger Jahre — die Verteidigungsplanung des Bündnisses vollzieht sich weiterhin im Rahmen der NATO entsprechend Artikel IV des Brüsseler Vertrages)

Tagesordnungspunkt:

Die Politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates

(Dokument 944)

Berichterstatter: Abg. Dr. Ahrens
(Bundesrepublik Deutschland)

(Themen: die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung — die politische Tätigkeit des Rates — Schlußfolgerungen)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von mir vorzulegende Bericht über die politischen Aktivitäten des Rates der Westeuropäischen Union gehört zum festen Bestand unserer Beratungen und wird jeweils im ersten Abschnitt einer Session diskutiert. Er ist im vorigen Jahr vom Kollegen Vecchiatti erstattet worden. Ich kann an diesen Bericht, der Ihnen vorliegt, anknüpfen.

Mir scheint, daß seit etwa einem Jahrzehnt, seit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Gemeinschaft, die WEU in einer Art Dämmerzustand gelebt hat. Ich sehe es als Ausdruck der Frustration an, wenn etwa Kollege Bassinet oder auch Kollege Dejardin soeben heftige Kritik an unserer Organisation geübt haben. Wir alle haben darunter gelitten.

In jüngster Zeit scheinen mir jedoch Anzeichen einer gewissen Aktivierung spürbar zu sein. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß ganz allgemein in unseren Ländern, auch in der nationalen Politik, Fragen der Verteidigungs-, Fragen der Friedenspolitik mehr in das Zentrum der Diskussion gerückt sind. Aber auch in unserer Versammlung haben wir — etwa gestern oder auch heute früh — Äußerungen vernommen, die uns davon überzeugen können, daß die WEU in Zukunft eine aktivere Rolle spielen muß. Am ermutigendsten sind die Äußerungen, die wir von der französischen Regierung gehört haben.

Heute morgen hat der Außenminister der französischen Republik erklärt, man müßte die WEU erfinden, wenn es sie nicht gäbe. Dabei hat er nicht nur an die Versammlung, sondern sicherlich auch an den Rat gedacht. Denn die verschiedenen Organe der WEU bilden eine Einheit.

Wir haben gestern den zuständigen Staatsminister der Bundesrepublik Deutschland gehört. Er hat gesagt, man wolle die französischen Initiativen zur Stärkung der WEU unterstützen. Es scheint also etwas in Bewegung gekommen zu sein. Von einer vollen Ausschöpfung der Möglichkeiten der WEU sind wir aber noch weit entfernt. Ich will — ich glaube, Sie sind damit einverstanden — nicht im einzelnen hier aufzählen und wiederholen, was ich in meinem schriftlichen Bericht dargelegt habe. Ich möchte nur einiges sagen zum Verhältnis zwischen Rat und Versammlung.

Lassen Sie mich auf zwei Beispiele zurückkommen, die ich in meinem Bericht angesprochen habe. Der französische Staatssekretär Lemoine hat vor einhalb Jahren hier vor uns erklärt, daß es ihm richtig erscheine, den **Ständigen Rüstungsausschuß** auch zur Vorbereitung von Entscheidungen und Beschlüssen der Versammlung einzusetzen, ihn der Versammlung zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns daraufhin an den Rat gewandt. Der Rat hat, wie ich meine, sehr ausweichend geantwortet. Er hat darauf hingewiesen — das ist unstrittig — daß der Ständige Rüstungsausschuß vom Rat mit dem Ziel geschaffen worden ist, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung voranzubringen. Er hat gesagt, daß das Internationale Sekretariat zwar gelegentlich Hilfestellung für die Versammlung lei-

sten könne. Das müsse aber nach einem Verfahren bewerkstelligt werden, bei dem der Rat von Fall zu Fall zu beteiligen wäre.

Ich glaube, das ist eine ausweichende Antwort. Wir werden in der Versammlung sehr aufmerksam verfolgen, wie das erste Tätigwerden des Ständigen Rüstungsausschusses für unseren Ausschuß für Wissenschaft, Technik und Weltraum funktioniert. Was wir anstreben, ist keine Änderung der Organisation oder der Strukturen, sondern ist die Möglichkeit, daß dieser Ausschuß im Sinne der Vorschläge von Staatssekretär Lemoine auch für die Versammlung tätig werden kann.

Ein zweites Beispiel, das das Verhältnis zwischen dem Rat und der Versammlung nicht befriedigend erscheinen läßt, ist das Verfahren, das bei der **Studie über die europäischen Rüstungsindustrien** eingeschlagen worden ist, die der ständige Ausschuß in mehreren Etappen seit 1978 dem Rat vorgelegt hat. Die Versammlung hat nun zwar ein Exemplar dieses Berichtes bekommen, aber nicht etwa des vollständigen Berichtes. Was wir bekommen haben, ist ein gekürztes Exemplar, das für Zwecke der Veröffentlichung bestimmt ist, das wichtige Passagen nicht enthält. Das gibt uns Veranlassung, weitere Fragen zu stellen, die vielleicht in diesem Bericht schon beantwortet worden sind. Wir meinen, daß die Überreichung eines solchen für die Veröffentlichung bestimmten Exemplars auch nicht dem Selbstverständnis der Versammlung und ihrem politischen Gewicht entspricht.

Das Verhältnis zwischen Rat und Versammlung ist also durchaus verbesserungsfähig, wenn man in Betracht zieht, was heute morgen der französische Außenminister erklärt hat: daß diese Versammlung der einzige Ort ist, in dem in Europa Parlamentarier über die wichtigsten Fragen diskutieren, die unserem Kontinent heute gestellt sind: die Fragen der Verteidigung und des Friedens.

Ich meine also, daß der aufmerksame und wohlwollende Betrachter einige Gesten des guten Willens zur Verbesserung der Zusammenarbeit erkennen kann — mehr leider noch nicht. Die Versammlung und insbesondere ihre Politische Kommission werden die Entwicklung aufmerksam verfolgen. Wir werden im nächsten Jahr erneut zu prüfen haben, ob die von uns in unserem Bericht geäußerten Erwartungen erfüllt worden sind oder nicht.

Herr Präsident, da der alte Vorsitzende des Ausschusses nicht anwesend und ein neuer Vorsitzender noch nicht gewählt worden ist, darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß der Bericht zweimal im Politischen Ausschuß eingehend beraten worden ist und daß der Ausschuß einstimmig vorschlägt, ihn anzunehmen. — Schönen Dank.

Empfehlung 394

betr. die politische Tätigkeit des Rates der WEU — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung,

- (i) bekräftigt ihren Willen, sich so gründlich wie möglich mit den vielfältigen Aspekten der euro-

- päischen Sicherheit zu befassen und somit ihren Auftrag in vollem Umfang zu erfüllen;
- (ii) erinnert daran, daß die Erfüllung ihrer Aufgaben einen substantiellen Dialog mit dem Rat voraussetzt;
 - (iii) ist überzeugt, daß dieser Dialog um so leichter entwickelt werden kann, je aktiver die Rolle ist, die der Rat bei der europäischen Konzertation in seinen Zuständigkeitsbereichen spielt;
 - (iv) begrüßt die gehaltvolle Berichterstattung des Rates über die europäische politische Zusammenarbeit, stellt jedoch fest, daß der Rat bei der Ausführung seines Auftrags anscheinend noch nicht dem Wunsch mehrerer seiner Mitglieder Rechnung getragen hat, ihre Zusammenarbeit auf verschiedenen, ihre Sicherheit betreffenden Gebieten zu verstärken;
 - (v) begrüßt die Übersendung der zur Veröffentlichung freigegebenen Version der Studie des Ständigen Rüstungsausschusses (SAC) über die Rüstungsindustrie der Mitgliedstaaten durch den Rat und nimmt zur Kenntnis, daß der Rat in seiner Antwort auf die Empfehlung 379 die dem SAC übertragene Aufgabe bestätigt hat;
 - (vi) erinnert daran, daß der dem SAC erteilte Auftrag, die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung zu fördern, impliziert, daß der SAC allen neuen technologischen Entwicklungen in diesem Bereich Rechnung trägt;

empfiehlt dem Rat,

1. seine Zuständigkeiten voll auszuüben, indem er bestimmte Sicherheitsprobleme, die eine europäische Konzertierung erfordern, untersucht und in Angriff nimmt;
2. in diesem Zusammenhang vor allem den SAC zu beauftragen, seine Studie rasch fertigzustellen und sie durch Ausarbeitung von Vorschlägen zur Beseitigung der wirtschaftlichen und rechtlichen Hindernisse zu ergänzen, die einer besseren Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien der Mitgliedstaaten entgegenstehen, und die Ergebnisse dieser Studie der Versammlung vorzulegen;
3. den SAC zu beauftragen, die möglichen Auswirkungen aller neuen technologischen Entwicklungen im Rüstungsbereich auf die europäische Rüstungsproduktion zu untersuchen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache von General Bernard Rogers (SACEUR)

(Themen: Frieden in Freiheit — Abschreckung und Abrüstung, bzw. Rüstungskontrolle — notwendige Stärkung der konventionellen Verteidigungskräfte — die Lastenteilung im Bündnis — der Doppelbeschluß der NATO und die INF-Verhandlungen)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr General, Ihnen wird in der Bundesrepublik Deutschland eine Äußerung zugeschrieben, daß die **Pershing-2-Rakete** bis 14 Minuten Flugzeit haben könnte. Daraus wird der physikalische Schluß gezogen, daß eine Reichweite von 2 400 Kilometern möglich ist.

Ich frage Sie, ob dies eine korrekte Wiedergabe eines Zitats ist, denn hier im Hause werden andere Zahlen genannt.

Zweitens. Zum Komplex Pershing 2 auf den ich mich hier deswegen konzentriere, weil er von uns als besonders gefährdend betrachtet wird, habe ich folgende Fragen:

Inwieweit können sie die Feststellung bestätigen oder widerlegen, daß die Pershing-2-Rakete eine völlig neue Qualität einer atomaren Präzisions-schnellfeuerwaffe ist und damit den Umschlagpunkt von der bisher als stabil erachteten Strategie der Abschreckung zur instabilen und damit zwangsläufig in den Krieg führenden Erstschlagsstrategie markiert?

Eine weitere Frage: Inwieweit können Sie meine Feststellung bestätigen oder widerlegen, daß ein amerikanischer Überraschungsangriff mit Pershing-2-Raketen aus der Bundesrepublik Deutschland gegen die Knotenpunkte der sowjetischen Befehlsstruktur infolge der kurzen Flugzeit der Pershing 2 jegliche sowjetische Reaktion für jene kritische halbe Stunde lähmen kann, die die USA zur anschließenden Zerstörung der gegen die USA gerichteten sowjetischen Interkontinentalraketen und Raketen-U-Boote mit eigenen Raketen benötigen?

Ich hätte noch eine Menge Fragen, will mich aber auf zwei weitere konzentrieren: Inwieweit können Sie meine Feststellungen bestätigen oder widerlegen, daß mit der Stationierung der ersten Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland infolge der daraus resultierenden schlagartigen Verkürzung der Angriffswarnzeiten für die Sowjetunion auf nur wenige Minuten eine Automatisierung von bislang von Menschen getroffenen Reaktionsentscheidungen und damit eine extrem gesteigerte technische Fehleranfälligkeit der sowjetischen Befehlsstruktur die Folge sein wird?

Schließlich die letzte Frage. Es gibt bei uns Vermutungen, Befürchtungen, daß eine Stationierung gegen den zunehmenden Willen der Bevölkerungen in Europa und gegen den Willen der Mehrheit in der Bundesrepublik von den USA erzwungen werden könnte. Ich möchte wissen, wie Ihre Meinung als militärischer Befehlshaber dazu ist.

Schließlich besteht die Befürchtung, daß die reale Stationierung, also nicht die bloßen Stationierungsvorbereitungsarbeiten, bereits im September dieses Jahres, also längst bevor man das Ergebnis von Genf bewerten kann, im Bereich der Pershing 2 begonnen wird. — Danke schön.

General Rogers (SACEUR) antwortet, die Flugzeit der Pershing 2 betrage für die äußerste Reichweite

von ca. 1 800 Kilometern etwa 14 Minuten, was der Flugzeit der SS 20 über diese Strecke entspreche. Hinsichtlich der Stabilität der militärischen Lage sei zu berücksichtigen, daß die USA und Europa viele Jahre lang einer Drohung mit sehr kurzer Vorwarnzeit ausgesetzt gewesen seien. Es sei nicht ungerechtfertigt, daß nun auch die Sowjetunion sich der gleichen Bedrohung gegenübersehe. — Der Gedanke eines amerikanischen Überraschungserstschlages sei abwegig, da ein solcher Schritt von europäischem Boden aus nur nach Entscheidung der politischen Instanzen des Bündnisses erfolgen könne. — Die Stationierung der Pershing 2 werde bei Vorliegen der Voraussetzungen dafür im Dezember 1983 und zu keinem früheren Zeitpunkt beginnen.

Dr. Scheer (SPD): Herr General, ich habe vier Fragen. Die eine Frage bezieht sich darauf, ob es sehr viel realistischen Sinn hat, jetzt eine Steigerung der Haushalte um real 4 % vorzunehmen, nachdem man über Jahre hinweg, seit 1978, das Ziel der 3 % hatte, das von niemandem in Europa eingehalten wurde. Ist es nicht deshalb sinnvoller, statt sich selbst mit Zielsetzungen zu überheben, die gegenwärtig, siehe die Praxis aller Länder, unrealistisch erscheinen — es ist eine Selbstüberhebung, die dann zur Selbstbeziehung führt —, zu differenzierten qualitativen Anforderungen zu kommen, die natürlich dann bei den einzelnen Ländern unterschiedlich aussehen? Ich glaube, das wäre ein wichtiger Fortschritt.

Zweite Frage. Ich bin sehr einverstanden mit Ihrem Vorhaben, die nukleare Schwelle durch eine Verbesserung der konventionellen Möglichkeiten zu heben. Die Kritik, die Sie bei Ihrer früheren Rede hier in bezug darauf erfahren haben, halte ich für falsch. Die Frage, die sich mir stellt, ist folgende: Das Interdiktionskonzept, das Sie haben oder vorsehen, erscheint mir nach der gegenwärtigen Betrachtung mindestens an einer Stelle problematisch, nämlich wenn es um das Problem geht, daß möglicherweise Interdiktionswaffen gleicher Art mit unterschiedlichen Sprengköpfen einmal konventionell und einmal nuklear ausgestattet sein würden. Dieses könnte doch unter Umständen das Ziel der **Hebung der nuklearen Schwelle** beeinträchtigen und möglicherweise zum Gegenteil führen, vor allem die Rüstungskontrolle und die Überprüfbarkeit der Rüstungskontrolle erschweren. Deswegen würde ich gern zu diesem Punkt von Ihnen noch einiges hören.

Ein dritter Punkt. Ich weiß nicht, wo bei der Frage der Verhandlungen Ihr Schwerpunkt liegt. Sie haben auf der einen Seite, wie es 1979 auch vorgesehen war, die Frage der Stationierung konditioniert an ein Verhandlungsergebnis oder überhaupt davon abhängig gemacht. Das haben Sie eben mehrmals hervorgehoben. Auf der anderen Seite haben Sie hervorgehoben, daß möglicherweise erst die Dislozierung bei den Verhandlungen einen Durchbruch nach sich ziehen würde. Ist das letzte nach Ihrer Auffassung bereits ein Bündniskonzept? Wenn ja, wäre es im Grunde genommen nicht mehr die Strenge, die man 1979 auf Verhandlungen legte, bevor es zu irgendwelchen Dislozierungen kommt.

Wir haben ja immer von den größten Anstrengungen gesprochen, die gemacht werden müssen.

Ein vierter Punkt. Sie haben am Schluß Ihres Referats hervorgehoben, daß es zu keinem Ersteinsatz kommen würde. Ich begrüße diese Erklärung ausdrücklich. Die Frage, die sich aber stellt, ist: Wie steht es im Zusammenhang mit Ihrer bisherigen Ablehnung von Vorstellungen im Westen auf Verzicht auf den Ersteinsatz, wie es etwa McNamara, McGeorge-Bundy und andere unlängst vorgeschlagen haben, ein **Verzicht auf Ersteinsatz** natürlich mit der Konsequenz, daß das konzeptionelle Änderungen nach sich zieht. Das haben Sie bisher abgelehnt. Wenn Sie es so deutlich erklären, wie Sie es eben getan haben, dann wäre der Schritt nicht mehr weit, tatsächlich zu einem Konzept zu kommen, das den Ersteinsatz für den Westen auch konzeptionell verzichtbar machte. Dazu hätte ich Ihnen gerne eine entsprechende Frage gestellt. — Vielen Dank!

General Rogers (SACEUR) erwidert, die von ihm geforderte Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 4 % müsse als Durchschnittswert für das kommende Jahrzehnt gesehen werden. Die Erreichung dieses Zieles hänge von dem politischen Willen der Völker ab, die sich weniger von einem überraschenden Angriff aus dem Osten bedroht sehen würden als vielmehr von zunehmender politischer Einschüchterung, wirtschaftlichem Druck und Erpressung. — Das Interdiktionskonzept halte er für durchführbar mit solchen Waffen, die von der anderen Seite als konventionelle Waffen erkannt würden. — Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa werde, wie erst kürzlich bei einem Ministertreffen erneut bestätigt, erfolgen, sofern es bei den Genfer INF-Verhandlungen keinen Durchbruch gebe. — Da das Bündnis grundsätzlich gegen keinerlei Nation zuerst Waffen in offensiver Weise gebrauchen werde, könne es aus taktischen Gründen nicht auf die Ersteinsatzoption von Nuklearwaffen verzichten, da Ungewißheit hierüber Teil der Abschreckung sei.

Haase (Fürth) (SPD): Herr General, ich danke Ihnen für Ihre klare Darstellung. Ich habe jedoch eine ergänzende Frage. Wie beurteilen Sie den Vorschlag der drei amerikanischen Senatoren Nunn, Cohen und Percy zum **build down**, das heißt also zum Ersatz von einer Rakete mit mehreren Sprengköpfen durch eine Rakete mit einem Sprengkopf? Glauben Sie, daß dies unter militärischen Aspekten eine machbare und sinnvolle Angelegenheit ist und daß man den Rest der Mittelstreckenraketen dann innerhalb der **START-Verhandlungen** weiterverhandeln soll?

General Rogers (SACEUR) sagt, der build-down-Vorschlag habe seinen Platz im Rahmen der Modernisierung. Letztere könne zu Reduzierungen von Sprengkopffzahlen führen.

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr General, welche Bedeutung im Rahmen unserer Verteidigung messen Sie dem **AWACS-Frühwarnsystem** zu? Wie sind Sie mit dem Aufbau von

AWACS im bisherigen Verlauf des Aufbaus zufrieden? Inwieweit wird das Frühwarnsystem AWACS die enge Zusammenarbeit mit dem britischen Nimrod-System nötig haben? Wie ist diese Zusammenarbeit von Nimrod und AWACS nach dem heutigen Stand zu beurteilen?

General Rogers (SACEUR) hält die Durchführung des AWACS-Programms für sehr befriedigend. Auch bestehe die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit dem Nimrod-System.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Eindruck, nachdem ich der Rede des General gelauscht habe, daß sich der **Begriff des Friedens** ausschließlich durch militärische Kategorien bestimmt. Ich möchte Sie, Herr General, gern fragen — auch nachdem Sie gesagt haben, was im militärischen Bereich an zusätzlichen Pro-Kopf-Ausgaben auf die westeuropäische und die US-Bevölkerung zukommt —, ob es nicht von entscheidender Bedeutung ist, das soziale und wirtschaftliche Wohlbefinden in unseren Völkern zu stärken und damit auch einen ganz wichtigen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Kurz: Bedeutet Frieden nicht nur Abwesenheit von Krieg, sondern auch Schaffung von gerechteren, freundschaftlichen, sozialeren Beziehungen und Bedingungen zwischen Völkern und auch zwischen Militärblöcken?

General Rogers (SACEUR) stimmt zu, daß soziale und wirtschaftliche Programme wichtige Faktoren für den Frieden darstellten. Das größte Sozialprogramm eines Volkes bestehe jedoch in der Erhaltung von Leben und Freiheit. Er sei der Ansicht, daß derjenige, der die Freiheit verloren habe, auch nicht mehr die Möglichkeit besitze, über die Ressourcen des Landes zu verfügen und sich um die wirtschaftlichen Probleme zu kümmern.

Tagesordnungspunkt:

Die Lastenteilung im Bündnis

(Dokument 947)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Das Verteidigungskonzept des Bündnisses — Probleme der Schätzung und Vergleichung von Verteidigungsleistungen — das transatlantische Gespräch — die europäische Säule — Produktion im Verteidigungsbereich — die Streitkräfte der WEU-Länder — Nukleare Waffen — Schlußfolgerungen)

Dr. Linde (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist für mich eine große Ehre, als Neuling in dieser hochansehnlichen Versammlung nach Mr. Grieve zu sprechen, der hier seine Abschiedsrede gehalten hat. Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich mich von meinem Vorredner nicht nur dadurch un-

terscheide, daß ich das erste Mal hier spreche, sondern auch in meiner Wertung des Berichts von Mr. Wilkinson. Natürlich schließe ich mich dem Dank, der schon vorher ausgesprochen worden ist, über die Arbeit, die sich der Berichterstatter gemacht hat, und über die Mühe des Ausschusses selbstverständlich an. Ich bin auch davon überzeugt, daß dieser Bericht eine gute Grundlage für die weitere Arbeit ist. Schließlich liegt ja dieses Thema im Zentrum der Aufgaben der Westeuropäischen Union. Dieses Thema kann dazu beitragen — wenn wir es richtig behandeln —, daß die WEU in ihrer Arbeit und in ihrer Bedeutung für die Verteidigungs-, Sicherheits- und Friedenspolitik wachsen kann.

Dennoch meine ich —, ich bitte Sie, dies sehr aufmerksam aufzunehmen —, daß die Empfehlung noch nicht beschlußreif ist, weil wichtige Gesichtspunkte, die gerade in dieser Zeit an politischer Bedeutung gewonnen haben, noch nicht hinzugefügt worden sind. Ich meine, wenn wir eine Empfehlung über „Burden-sharing in the alliance“ hier beschließen, dann sollte möglichst allen Mitgliedern des Hauses die Möglichkeit gegeben werden, diese Empfehlung und den Bericht zu tragen. Dies würde nämlich die Wirksamkeit des Berichts außerordentlich erhöhen.

Das Thema sollte, wenn wir es richtig anfassen, nicht allein unter dem Gesichtspunkt der **Verteidigungslasten in der Allianz** behandelt werden, sondern umfassender auch unter dem Gesichtspunkt des Verteidigungsauftrags, der Sicherheit und der Gewährleistung des Friedens in der Welt. Deshalb werde ich schon jetzt ankündigen, daß vor der Beschlußfassung hier über die Empfehlung ein Antrag gestellt werden wird auf Rücküberweisung der Empfehlung und des Berichts an den Ausschuß, um einige Punkte, die ich jetzt charakterisieren werde, in der Diskussion noch nachzuholen.

Es gibt gegen den Bericht eine Reihe von Einwänden, nicht nur den der sehr quantitativen Betrachtungsweise, dem ich gerne auch eine qualitative Analyse der Verteidigungsposition im Westeuropäischen Bündnis hinzugefügt sehen möchte. Es fehlt, wie mir scheint, auch eine Differenzierung der nationalen Position, z. B. in der Weise, daß man einen Unterschied machen muß, ob Staaten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben oder nicht. Auch ist — sehen Sie mir das aus der Position der Bundesrepublik Deutschland nach — die besondere Verfassungslage in einem Land, das in sich geteilt ist, bei diesem Bericht zu berücksichtigen, insbesondere, was die Frage eines Einsatzes außerhalb des eigentlichen Gebiets der NATO betrifft.

Ich würde mir eine Akzentuierung des europäischen Verteidigungsbeitrags gegenüber den Lasten der USA wünschen. Diese sind meines Erachtens umfangreicher beschrieben als der eigentliche europäische Verteidigungsbeitrag. Schließlich dürfen Sie auch ein Augenmerk darauf richten, daß ein Bericht über Verteidigungslasten unvollständig sein muß, wenn man nicht auch den Abrüstungsge danken betont, weil entsprechend dem Harmel-Bericht und der gültigen NATO-Doktrin Sicherheit

durch Verteidigung gewährleistet wird und Entspannung durch Abrüstung. Dies ist aber eine untrennbare Einheit. Wenn dies eine untrennbare Einheit ist, muß es in dem Bericht auch entsprechend zum Ausdruck kommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf drei Punkte kurz im einzelnen eingehen. In der Beschlußempfehlung heißt es unter Ziffer 1. (a) sehr apodiktisch: Steigerung der Verteidigungsausgaben, solange die Sowjetunion aufrüstet. Dies muß wohl in Verbindung zur Ziffer 3. gebracht werden, wo mit kargen Worten noch einmal die Position des **NATO-Doppelbeschlusses** angemerkt wird. Niemand vermag heute, Anfang Juni 1983, vorherzusagen, ob es nicht doch noch gelingt, mit dem Beschluß der NATO vom Dezember 1979 die Abrüstung der Mittelstreckenraketen der Sowjetunion zu erreichen und eine Nachrüstung auf westlicher Seite dadurch zu vermeiden. Aber weil wir es heute gerade nicht beurteilen können, muß an dieser Stelle darauf Bezug genommen werden. Es würde der Westeuropäischen Union gut anstehen, wenn sie beide Verhandlungspartner von hier aus ermuntern würde, das Allermöglichste zu tun, zu einem Verhandlungserfolg und zu einer Vermeidung der Nachrüstung zu kommen.

Ich meine, wir müßten dem Eindruck entgegenwirken, als ob der NATO-Doppelbeschluß einen Bedeutungswandel in der Weise erfahren habe, daß der Westen nur durch Zeitablauf der Nachrüstung näherrücke. Entscheidend sind — und so verstehe ich diesen NATO-Doppelbeschluß — substantielle Verhandlungsangebote, Sicherheitsgleichheit mit dem Ziel zu schaffen, auch die SS-20-Bedrohung zu vermeiden.

Wir meinen, es ist sehr viel Zeit vertan worden. Zum Thema Abrüstung ist dieser Bericht nicht vollständig, wenn man nicht auch ein Wort zu der augenblicklichen Freeze-Diskussion in der Welt sagt. Dieses müßte dringend hinzugefügt werden.

Der zweite Gesichtspunkt, den ich gerne ausführen möchte, ist, daß es notwendig ist, das Thema des **Einsatzes von Truppen der NATO außerhalb ihres eigentlichen Gebietes** nur an die Voraussetzung zu knüpfen, daß vitale Interessen verletzt sind. Es ist notwendig, hier klarere und deutlichere Voraussetzungen zu formulieren, damit es nicht zu einer Automatik der Eskalation horizontaler Art kommen kann. Diese materiellen Voraussetzungen müssen erfüllt sein.

Schließlich ein dritter Gesichtspunkt, und damit komme ich zum Schluß. Jede Diskussion über die Verteidigung Westeuropas in bezug auf Krisenherde in der Welt ist unvollständig, ohne den Gedanken zu unterstreichen, daß die Achtung echter Blockfreiheit für die internationale Stabilität von allergrößter Bedeutung ist. Die Achtung der Blockfreiheit, will man sie herstellen, hat Vorrang vor etwaigen Verteidigungsplänen, auf die in diesem Bericht Wert gelegt worden ist. Hier müßte ein Gedanke über die **Gewährleistung der Blockfreiheit** hinzugefügt werden.

Ich fasse also kurz zusammen: Die Rücküberweisung statt einer kontroversen Abstimmung war mein Vorschlag. Ferner erstens Stellungnahme zu den Genfer Verhandlungen, zweitens genauere Festlegungen, bei welcher Art von Krise außerhalb welches Verfahren hier angewandt werden soll, und drittens die Betonung der Blockfreiheit. — Ich bedanke mich!

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, ähnlich wie Mr. Grieve möchte ich mir die Freiheit nehmen, doch noch ganz kurz an das anzuknüpfen, was General Rogers gesagt hat. Er hat bedauerlicherweise — ich nehme an, daß im wesentlichen Zeitgründe daran schuld waren —, die letzte Frage, die ich gestellt habe, nicht beantwortet. Die Frage liegt mir jetzt im Protokoll vor. Es scheint mir, politisch gesehen, eine zentrale Frage zu sein. Sie lautete: „Es gibt bei uns Vermutungen, Befürchtungen, daß eine Stationierung gegen den zunehmenden Willen der Bevölkerungen in Europa und gegen den Willen der Mehrheit in der Bundesrepublik von den USA erzwungen werden könnte. Ich möchte wissen, wie Ihre Meinung als militärischer Befehlshaber dazu ist.“ Die Antwort wurde nicht gegeben, und ich möchte hier festhalten, warum die Frage zentral ist.

Wenn, wie General Rogers sagte, das Ziel der NATO sei, den Frieden in Freiheit zu sichern, dann wäre es eine Perversion dieses Zieles, gegen den Willen der Mehrheit ein bestimmtes Waffensystem zum Zwecke der Verteidigung dieser Freiheit durchzusetzen. Dann würde man sozusagen das Ziel schon durch das Mittel ad absurdum führen. Deshalb erscheint es mir wichtig, daß wir in Zukunft Gelegenheit haben, auch solche Fragen beantwortet zu hören.

Im übrigen möchte ich mich, was das Prozedere angeht, dem Kollegen Linde anschließen, kann mich also kurzfassen. Ich möchte mich auch deshalb kurzfassen, weil ich gerne morgen zu dem Thema „Probleme des Pazifismus und Neutralismus“ etwas mehr Redezeit in Anspruch nehmen möchte, und zwar aus dem einfachen Grund: Ich möchte an die Fairneß appellieren, weil nicht so wahnsinnig viele Vertreter dieser Position in dieser Versammlung sind; es wäre fair, wenn etwas mehr Redezeit als nur fünf Minuten eingeräumt werden könnten, weil das ein anderes Denksystem ist als das, das in diesem Hause vorherrschend ist. Deswegen möchte ich jetzt hier die Redezeit nicht voll in Anspruch nehmen und bitte morgen um die ausreichende Redezeit. — Danke schön.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich möchte zunächst Gelegenheit nehmen, ein herzliches Wort des Dankes an den Berichterstatter, den Kollegen Wilkinson, für seinen ausgezeichneten, umfassenden und, wie ich meine, auch ausgewogenen und der Sache, um die es hier geht, gerecht werdenden Bericht zu richten. Ich möchte mich dem anschließen, was der Kollege Grieve gesagt hat: Es ist für einen Kollegen ein großes Opfer, so unmittelbar vor Wahlen seines Landes hierher zu kommen, und ich möchte ganz persönlich ein Wort des Dankes an ihn richten.

Meine Damen und Herren, im Bericht wird auf die Gefahr abgehoben, die der **Isolationismus in den Vereinigten Staaten** mit sich bringt, eine Gefahr, die immer latent vorhanden war und die größer werden könnte, wenn die Europäer den amerikanischen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit nicht in ausreichendem Maße würdigen. Mit Recht sagt der Bericht, daß die Würdigung dieses Beitrags zu unseren notwendigen Aufgaben gehört. Zu dieser Würdigung hat die Aufnahme, die General Rogers hier auch als amerikanischer Offizier in dieser Versammlung gefunden hat, sicherlich ein Stück Praxis beigesteuert, und ich freue mich darüber. Aber es ist auch notwendig, ein klares Wort zu der immer stärker werdenden antiamerikanischen Propaganda zu sagen, die in den meisten Ländern Westeuropas voranschreitet, und zwar auch in meinem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, und die ganz eindeutig kommunistisch, von Moskau aus, gesteuert wird. Es gehört zu den bedauerlichen Tatsachen, daß die **pazifistischen Strömungen**, die sich Friedensbewegungen nennen, bisher nicht die Kraft und den Mut gefunden haben, sich von dieser kommunistisch gesteuerten antiamerikanischen Propaganda mit genügender Deutlichkeit abzusetzen und zu distanzieren. Manche Mitbürger und auch manche Politiker und sogar manche Kollegen in manchen Parlamenten haben das noch nicht begriffen. Ich möchte deswegen an dieser Stelle ein ausdrückliches Wort des Dankes an den Kongreß und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für ihren Schutz und ihre Sicherheitsgarantie für Europa richten.

Wir haben am 17. Juni dieses Jahres, also in wenigen Tagen, den 30jährigen Gedenktag der Niederschlagung des mitteldeutschen Volksaufstands. Damals, vor 30 Jahren, hat die sowjetische Armee mit beispielloser Brutalität den Freiheitswillen des deutschen Volkes niedergedrückt. Seither wissen wir, was uns im freien Teil Deutschlands und Europas blühen würde, wenn es den Schutz und die Sicherheitsgarantie unserer Verbündeten, insbesondere auch unserer amerikanischen Verbündeten, nicht gäbe. Weil das so ist, ist es notwendig, daß diese Sicherheit, diese Garantien und dieser Schutz erhalten bleiben. Insofern leistet der Bericht des Kollegen Wilkinson, wie ich meine, einen ganz besonders wichtigen Beitrag zu unseren gemeinsamen Überlegungen zur **Verteilung der Verteidigungslasten** in Europa.

Eine kleine kritische Bemerkung möchte ich freilich noch anfügen. Wir wissen, Herr Kollege Wilkinson, daß es in der Welt Entwicklungen geben kann, die uns auch **über die Grenzen des Gebiets des Bündnisses hinaus Probleme** auferlegen. Ich beziehe mich auf die Empfehlung in der Ziffer 2a) im Buchstaben A des Empfehlungsentwurfs. Hier haben wir gewisse Bedenken. Sie wissen alle, daß es für uns Deutsche ganz besonders schwierig ist, den so weitgehenden Konsequenzen zu folgen, die dort gefordert werden. Wir meinen, daß zuallererst eine schlüssige gemeinsame Strategie des Bündnisses vonnöten wäre, die die wahrscheinlichen und vor uns liegenden Möglichkeiten bedenkt und die auch sicherstellt, daß die militärischen Maßnahmen, die

in solchen Fällen getroffen werden müssen, auch unter Berücksichtigung der Sicherheitsbelange unseres Bündnisgebietes selbst erfolgen. Erst wenn eine solche gemeinsame, abgestimmte Strategie vorliegt, könnten wir so weitgehenden Empfehlungen, wie sie in dieser Ziffer 2a) vorgeschlagen werden, folgen.

Im übrigen möchte ich ganz deutlich darauf hinweisen, daß wir dem Berichtersteller dafür dankbar sind, daß er dieses Problem überhaupt angesprochen und aufgegriffen hat, auch wenn wir ihm nicht in allen diesen Einzelpunkten zu folgen vermögen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, meine Damen und Herren, daß ich der Auffassung jener Kollegen nicht zu folgen vermag, die den Bericht zurückverweisen möchten. Ich halte ihn trotz einzelner Schwierigkeiten für gut, und ich empfehle Ihnen, den Bericht insgesamt anzunehmen. — Vielen Dank.

Mittwoch, 8. Juni 1983

Tagesordnungspunkt:

Das Seerecht

(Dokument 946)

Berichtersteller: Abg. Lenzer (Bundesrepublik Deutschland)

(Themen: Die Haltung der USA, der WEU-Länder und anderer Staaten zur Konvention — die Aspekte der Regelungen für den Tiefseebau — Verteidigungsaspekte)

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zum zweiten Mal die Ehre, Ihnen im Namen des Ausschusses für Wissenschaft einen Bericht zur Seerechtsthematik vorzulegen. Ich möchte mich zunächst für die Unterstützung bedanken, die bei der Abfassung dieses Berichtes von den Kollegen im Ausschuß geleistet wurde. Wir haben die Thematik in der Diskussion mehrfach sehr intensiv behandelt. Ich möchte mich ebenso bei unserem Ausschußsekretär, Herrn Huigens, für seine wertvolle Mitarbeit bedanken.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch den französischen Experten Admiral Labrousse erwähnen, der uns im Ausschuß bei der Diskussion vorgetragen und uns geholfen hat, in die sehr komplexe Materie einzusteigen. In der Tat ist es eine sehr schwierige und komplexe Materie. Im Laufe der letzten Jahre hat sich fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit etwas abgespielt, was hinsichtlich der politischen Auswirkungen von großer Bedeutung ist. Ein wesentlicher Teil der Erde ist neu geordnet und verteilt worden, ohne daß es der breiten Öffentlichkeit deutlich geworden wäre.

Vielleicht kann man das ganze unter drei Gesichtspunkten charakterisieren: einmal der allgemein po-

litische Teil, zum anderen der verteidigungspolitische Aspekt, der uns hier in der WEU-Versammlung besonders interessiert, und schließlich die wirtschaftlichen Überlegungen, die an einzelne Regelungen geknüpft werden müssen.

Ich möchte damit beginnen, daß ich noch einmal wenigstens ganz kurz die wichtigsten Ergebnisse der Internationalen Dritten **Seerechtskonferenz** der Vereinten Nationen charakterisiere. Was das allgemeine Seevölkerrecht betrifft, so ist hier, ausgehend von der sogenannten Basislinie bei der Zurechnung der küstenstaatlichen Meereszonen, zunächst einmal das Recht vergeben worden, das Küstenmeer auf zwölf Seemeilen auszudehnen. Von den 134 Küstenstaaten hatten bisher schon etwa 76 Staaten davon in der verschiedensten Form Gebrauch gemacht. Schließlich gibt es dann seewärts noch eine Anschließzone von weiteren zwölf Seemeilen, und zwar für die Durchsetzung der küstenstaatlichen Zoll-, Steuer-, Einwanderungs- und Gesundheitsbestimmungen.

Für über 100 wichtige Meerengen, die infolge des Ausdehnungsrechts in das Küstenmeer einbezogen werden können, gibt es jetzt eine gerade vom strategischen Standpunkt sehr bedeutsame Regelung, nämlich das Recht der Transitpassage. Die Archipelstaaten — das sind im Prinzip sieben Archipelstaaten, insbesondere im Pazifik — erhalten das Recht, die äußeren Inseln durch Basislinien zu verbinden. Schließlich wird auch schon — das ist besonders wichtig — eine sogenannte ausschließliche Wirtschaftszone bis zu 200 Seemeilen, zur Basislinie ausgerechnet, eingeführt.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt natürlich fortfahren und Ihnen in einer sehr, sehr langwierigen und sicherlich auch nicht sehr interessanten Aufzählung die einzelnen verschiedenen Regelungen des allgemeinen Seevölkerrechts schildern. Ich glaube, in unserem Zusammenhang hier mit dem vorgelegten Bericht kann dies unterbleiben. Vor allen Dingen ist das wichtig, was ich unter dem wirtschaftlichen Aspekt zusammenfassen wollte, nämlich die Regelungen über das sogenannte **Tiefseebergbauregime**. Dies ist die umfassendste Schöpfung der Konferenz, womit der Zugang zu den Rohstoffen des Meeresbodens seewärts der küstenstaatlichen Festlandsockel geregelt wird. Ausgangspunkt war die Entschließung 2749 der Vereinten Nationen, die bereits aus dem Jahre 1970 stammt. Damals war in der Vollversammlung ohne Gegenstimmen der Begriff des gemeinsamen Erbes der Menschheit für die Meeresrohstoffe formuliert worden. Es ist ein Begriff, der im internationalen Völkerrecht natürlich der Auslegung bedarf und relativ unpräzise ist. Dieses gemeinsame Erbe der Menschheit sollte auch gemeinsam von allen interessierten Staaten, einerseits von den Industrieländern und andererseits von den Entwicklungsländern, was oft mit rohstoffbesitzenden Ländern gleichzusetzen ist, ausgebeutet werden.

Im Laufe der Konferenz konnte natürlich keine Seite die Forderungen allein durchsetzen. Die eine Seite hatte das industrielle Know-how, auch die ent-

sprechenden Kapitalien, die andere Seite war im Besitz der Rohstoffe, und so bestand schon von daher der Zwang, eine Regelung zu finden, die die Möglichkeiten der Kooperation auch rechtlich absichert. Man hat sich schließlich auf das sogenannte Parallelsystem geeinigt, das dem Unternehmen der Meeresbodenbehörde einerseits sowie staatlichen und privaten Unternehmen andererseits Abbaurechte zubilligte. Dieses System galt zunächst für den Abbau von Manganknollen, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder eine Rolle spielen. Sie bestehen aus den verschiedensten Rohstoffen: 25% Mangan, 1% Nickel, 1% Kupfer und 0,4% Kobalt. Das sind sehr wichtige Rohstoffe, die vielleicht noch nicht im Moment, aber in späterer Zeit eine gewisse Bedeutung gewinnen können.

Es wurde im einzelnen eine **internationale Meeresbodenbehörde** geschaffen, die die Rohstoffpolitik für die gesamte Produktion aus dem internationalen Tiefseeboden bestimmt und über die Vergabe von Abbauberechtigungen entscheiden soll. Diese Meeresbodenbehörde hat verschiedene Organe, nämlich den Rat, der aus 36 Staaten besteht, die Versammlung, die aus den Mitgliedstaaten der Konvention gebildet wird, das Sekretariat und die gemeinsame Meeresbodenfirma oder das gemeinsame Meeresbodenunternehmen, das als „Enterprise“ bezeichnet wird. Die erste Operation dieses gemeinsamen Unternehmens „Enterprise“ sollte von den Mitgliedstaaten finanziert werden. Man schätzt die Anlaufkosten auf 1,2 Mrd. US-Dollar. Sie sehen, daß es sich um recht stattliche Kapitalbeträge handelt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nicht die einzelnen Kosten, die wirklich erheblich sind, aufschlüsseln. Daran haben sich zum Teil auch die Diskussionen entzündet. Ferner haben sich die Diskussionen daran entzündet, daß die Industrieländer durch Regelungen gezwungen werden sollten, gemeinsam mit den Entwicklungsländern und Rohstoffländern die Meeresschätze auszubeuten, so daß die Entwicklungsländer quasi per Zwang einen Zugang zum technischen Know-how gewinnen sollten, also der sogenannte **Zwang zum Technologietransfer** von den Industrieländern zu den Rohstoffländern. Das alles hat letztlich zu den Schwierigkeiten geführt, mit denen wir uns schon in der letzten Diskussion hier vor dieser Versammlung beschäftigt haben.

Lassen Sie mich von daher nun zum aktuellen Diskussionsstand übergehen, wie er sich heute darstellt und wie er hier auch in den Beratungen in unserem Ausschuß eine Rolle gespielt hat.

In der Versammlung der WEU am 3. Dezember 1981 hatten wir uns schon mit der Materie beschäftigt, und wir mußten die Beratungen wegen der internationalen Diskussion zur Seerechtskonvention unterbrechen, und zwar auch wegen der Entscheidung der Amerikaner, die Delegationsführung auszuwechseln und eine neue Haltung in dieser Seerechtsfrage einzunehmen. In dieser Versammlung am 3. Dezember 1981 hatten wir hier bei der WEU die Empfehlung 377 über die Auswirkungen der

Seerechtskonferenz und einen ersten Bericht verabschiedet. Ich hatte bereits damals darauf hingewiesen, daß die erzielten Ergebnisse, insbesondere was Vereinbarungen über den Meeresbodenbergbau angeht, ausgeprägte dirigistische und protektionistische Tendenzen aufwiesen. Die Mitgliedsländer der WEU waren jedoch der Meinung, daß durch ein neues internationales Übereinkommen eine Rechtsordnung für die Weltmeere eingeführt werde, die in der Zukunft viele Schwierigkeiten vermeiden und ein Element zur Erhaltung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten darstellen könnte. Sie waren sich ferner der Bedeutung bewußt, die ein soches Übereinkommen zwischen den westlichen Industrienationen und den Entwicklungsländern der Dritten Welt hätte.

In seiner Antwort vom 20. April 1982 auf diese Empfehlung hat der Rat dann erklärt, er sei der Meinung, daß eine zufriedenstellende Regelung des Tiefseebauges strategisch und wirtschaftlich von großer Bedeutung sei, insbesondere für die westeuropäischen Industrieländer, die in hohem Maße auf Einfuhren von Rohstoffen, die aus dem Meeresboden gewonnen würden, angewiesen seien. Die Regierungen der WEU-Mitgliedsländer waren daher bereit, in konstruktiver Weise an den bevorstehenden Konsultationen und Verhandlungen teilzunehmen, um ein System zu erarbeiten, das den Interessen aller Betroffenen Rechnung tragen sollte.

Am 30. April 1982, dem letzten Tag der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, kam es dann bei den Delegierten der teilnehmenden Länder zu einer Abstimmung über den Entwurf eines Übereinkommens, das letztlich alle Bemühungen, einen Konsens über das Übereinkommen zu erzielen, scheitern ließ. Das Übereinkommen wurde mit 130 : 4 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen.

Lassen Sie mich einige Einzelheiten über das Abstimmungsverhalten der Beteiligten sagen. Israel, die Türkei, die Vereinigten Staaten und Venezuela stimmten gegen das Übereinkommen. Die Sowjetunion und die Länder des Ostblocks sowie Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Niederlande und das Vereinigte Königreich enthielten sich der Stimme. Frankreich und Japan stimmten für das Abkommen. Türkei und Venezuela stimmten dagegen, da sie gegen die Bestimmungen über die See- und Meeresbodengrenzen zwischen Staaten mit gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten Einwände erhoben. Israel stimmte dagegen, weil in dem Text des Übereinkommens die PLO anerkannt wurde. Albanien und Ecuador nahmen nicht an der Abstimmung teil. Die Sowjetunion und die Ostblockländer enthielten sich am 10. April 1982 der Stimme, weil sie nicht damit einverstanden waren, daß die ersten Investoren, die sogenannten Pioniere — so ist der Terminus technicus —, also die hochindustrialisierten Länder Amerika und Westeuropa, einen Vorteil haben und weil sie der Meinung waren, daß die Einführung einer gerechten Wirtschaftsordnung, die die Interessen aller Länder berücksichtigt, nicht gewährleistet sei.

Die Konferenz trat 1982 noch zweimal zu Plenarsitzungen zusammen, in New York am 22. bis 24. September zur Anwendung der Empfehlungen des Redaktionsausschusses und zum letztenmal in Kingston auf Jamaika am 6. Dezember 1982, um den Regierungsvertretern Gelegenheit zur Unterzeichnung des Entwurfs eines Übereinkommens zu geben.

Nach der Unterzeichnung muß das Abkommen von 60 Staaten ratifiziert werden, um zwölf Monate nach der Ratifizierung durch den 60. Staat in Kraft zu treten. Die Vereinigten Staaten und mehrere WEU-Mitgliedsländer unterzeichneten das Übereinkommen in Kingston am 10. Dezember 1982 hauptsächlich deshalb nicht, weil es ein Regime für den Tiefseebau enthält, das sie nicht unterstützen zu können glaubten. Sie stimmten jedoch überein, daß das Seerechtsabkommen viele positive Bestimmungen enthalte, die mit ihren Interessen sowie den Interessen aller Seemächte und den Nutzern der Meere in Einklang stünden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen schon an dieser kurzen Schilderung, daß das Abstimmungsverhalten in dieser Frage aus den unterschiedlichsten Interessen entsprang. Es gab politische Interessen, es gab spezifische Interessen, die sich aus der geographischen Lage der einzelnen Länder ergaben, und es gab auch wirtschaftliche Interessen der Länder, die einen freien Zugang, einen marktwirtschaftlich orientierten Zugang ohne jegliche Zwangsbestimmung, ohne ein Regime des Zwangstechnologietransfers fördern wollten. Man kann also nicht von einem aus einer einheitlichen Motivation hervorgehenden Abstimmungsverhalten sprechen, sondern man muß bei der weiteren Diskussion in Betracht ziehen, daß sich aus der spezifischen Situation der einzelnen Länder gleichzeitig ein spezifisches Abstimmungsverhalten der einzelnen Staaten entwickelte.

Eines muß man deutlich sagen: Von sämtlichen Fachleuten wurde mit Überraschung zur Kenntnis genommen, welche eine große Zahl von Ländern sich zu dem Übereinkommen bekannte und daß eine sehr große Zahl bei der Zeichnungskonferenz in Kingston dieses Abkommen zeichnete. Das war in dieser Mehrheit nicht erwartet worden.

Vielleicht deswegen auch noch ein Wort zum Zeichnungsverhalten auf dieser Abschlußkonferenz vom 6. bis 10. Dezember 1982. Sie fand in Montego Bay statt. Von 120 Ländern der Dritten Welt haben 86 gezeichnet. Zu den Nichtzeichnern gehörten allerdings wichtige Staaten, so zum Beispiel Argentinien, Bolivien, Ecuador, Libyen, Madagaskar, Peru, Saudi-Arabien, Syrien, Venezuela und Zaire. Von den acht Kleinstaaten ist anzunehmen, daß sie vorwiegend aus Gründen ihrer geringen politischen Infrastruktur überhaupt nicht erschienen sind, nicht etwa mangels Interesses.

Im übrigen hat die größere Zahl der Nichtzeichner aus der dritten Welt besondere, nicht gruppenspezifische Gründe angegeben. Man kann also nicht von einer einheitlichen Haltung — das ist ganz wichtig, deshalb mache ich es noch einmal deutlich —, spre-

chen. Der Ostblock hat das Seerechtsübereinkommen geschlossen gezeichnet. Auch hier sind politische Gründe möglicherweise zu vermuten, um einfach die Politik gegenüber der Dritten Welt besonders abzustützen.

Unter den westlichen Staaten hat ebenfalls eine Mehrheit, 18 von 25, das Übereinkommen unterzeichnet, die allerdings überwiegend von den kleineren und nicht unmittelbar am Tiefseebergbau interessierten Staaten gebildet wird. Von den großen potentiellen Tiefseebergbaustaaten USA, Großbritannien, Frankreich, Japan, Bundesrepublik Deutschland, hat lediglich Frankreich gezeichnet. Japan hat jedoch die Zeichnung für Anfang 1983 in Aussicht gestellt. Von den anderen potentiellen Tiefseebergbaustaaten Belgien, Italien, Kanada und den Niederlanden haben Kanada und die Niederlande gezeichnet. Italien und Belgien haben eine Zeichnung in näherer Zukunft nicht ausgeschlossen.

Man kann also unter gruppenübergreifenden Gesichtspunkten feststellen, es hat zunächst die große Zahl der Langküstenstaaten gezeichnet, es hat die überwiegende Zahl der Binnenstaaten gezeichnet, und unter den großen traditionellen Schifffahrtsstaaten hat etwa die Hälfte gezeichnet. Bei den Nichtzeichnern, zu denen Deutschland und Großbritannien gehören, also Mitgliedstaaten der WEU, kann man jedoch nicht von schifffahrtsspezifischen Gesichtspunkten sprechen, sondern mehr von Gründen, die in den wirtschaftlichen Aspekten der Regelungen für den Tiefseebergbau liegen.

Es haben die meisten Archipelstaaten sowie die Anrainer wichtiger Meerengen gezeichnet. Auch hier gibt es natürlich wichtige Ausnahmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zum Abschluß zum Entschließungsentwurf und zum eigentlichen Bericht zurückkommen. Es war das Ziel dieses Berichts und auch der Empfehlung, Konfrontationen abzubauen, die sich aus den zweifellos vorhandenen unterschiedlichen Interessen der einzelnen Staaten ergeben könnten. Es hat keinen Zweck, das zu negieren, das wegdiskutieren zu wollen; diese unterschiedlichen Interessen sind eben da. Nach meiner Auffassung ist es wichtiger, die Konfrontation abzubauen und die Zusammenarbeit zu stärken, anstatt anklagend den Finger zu heben und auf bestimmte Staaten Druck ausüben zu wollen, um sie zu einer Unterzeichnung der Konvention zu bringen. Dies hätte sicherlich einen kontraproduktiven Effekt.

Drittens ist es wichtig, daß man sich um praktikable Lösungen bemüht. Diese Lösungen müssen von politischen Gegebenheiten ausgehen, sie müssen aber auch die technischen Möglichkeiten und den ungeheuren Kapitalaufwand für sämtliche Aktivitäten im Bereich der Nutzung der Tiefseebodenschätze berücksichtigen. Wir sollten hierbei auf Zwangsmaßnahmen verzichten.

Dem hat im großen und ganzen trotz gelegentlich unterschiedlicher Auffassungen der Empfehlungsentwurf Rechnung getragen. Er geht zunächst da-

von aus, daß eine solche internationale Seerechtskonvention viele positive Aspekte mit sich bringt, da es sich um eine allgemein international akzeptierte Regelung handelt, die mehr Rechtssicherheit schafft. Er geht davon aus, daß natürlich die Regelungen über den Tiefseebergbau von großer wirtschaftlicher, aber auch strategischer Bedeutung für die Länder der Westeuropäischen Union sind. Er ist sich durchaus der Tatsache bewußt, daß alle Länder an diesen Rohstoffen des Meeresbodens beteiligt werden sollen, daß niemand ausgeschlossen werden soll, etwa weil er technisch oder finanziell nicht in der Lage ist, den Zugriff dort auch praktisch auszuüben. Er ist sich allerdings auch der Schwächen gerade hinsichtlich der protektionistischen und Zwangstendenzen in der Konvention bewußt, und er bedauert die immer noch bestehenden unterschiedlichen Auffassungen der westlichen Industrieländer untereinander.

Schließlich empfiehlt er dem Rat, daß alle Anstrengungen unternommen werden sollen, um folgende Punkte, die ich abschließend noch einmal zusammenfassend wiederholen möchte, zu erreichen, nämlich Konfrontationen abzubauen, die Zusammenarbeit der einzelnen betroffenen Staaten untereinander zu stärken und schließlich ohne Zwangs- und dirigistische Maßnahmen zu praktikablen Lösungen zu kommen.

Meine Damen und Herren, es ist in der Zwischenzeit eine Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt worden. Ich möchte dazu nach der Begründung dieser Änderungsanträge Stellung nehmen. Ich glaube, es wird möglich sein, hier heute auch in dieser Versammlung eine einheitliche Lösung zu finden.

Ich darf Ihnen diesen Bericht und die Empfehlung zur Annahme unterbreiten und Sie um Ihre Zustimmung bitten und mich gleichzeitig für Ihre Aufmerksamkeit herzlich bedanken.

Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der großen Zahl der Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben, geraten diejenigen Staaten, die nicht unterzeichnet haben, so etwas auf die Anklagebank. Es ist bereits erwähnt worden, daß von den sieben Staaten der WEU fünf nicht unterzeichnet haben. Weiterhin haben die USA nicht unterzeichnet. Es handelt sich im wesentlichen um Industriestaaten, die eine erhebliche Bedeutung haben und von denen ein sehr erheblicher Anteil, auch ein finanzieller Anteil, erwartet wird.

Ich möchte Gelegenheit nehmen, die Position der Bundesrepublik Deutschland zu erläutern und verständlich zu machen, warum die Bundesrepublik Deutschland nicht unterzeichnet hat und warum sie auch nicht die Absicht hat, das Übereinkommen in der jetzigen Fassung zu unterzeichnen. Wir leugnen nicht, wir möchten vielmehr unterstreichen, daß das Übereinkommen eine Fülle von sehr positiven Regelungen enthält, die wir anerkennen: die Freiheit der Schifffahrt, die Transitdurchfahrt bei den Meerengen, die Regelungen in Verbindung mit der Meeresverschmutzung, die Regelungen für Küsten-

gewässer und den Festlandsockel, Überflugrechte, Verlegung von Kabeln, Fischerei, Freiheit der wissenschaftlichen Forschung auf dem Meer. Das alles wird auch von uns positiv gesehen, mitgetragen, mitfinanziert. Da bestehen keinerlei Probleme.

Die Bundesrepublik Deutschland hat wie die Mehrzahl der Staaten, die nicht unterzeichnet haben, Bedenken nur im Bereich des **Tiefseebergbaus**. Das ist der Punkt, den wir nicht akzeptieren können, weil das Tiefseebodenregime protektionistische und dirigistische Ansätze hat, die als solche in einem völkerrechtlichen Vertrag nicht akzeptiert werden können und die auch kein Beispiel für noch ausstehende Regelungen auf anderen Gebieten sein dürfen. Auch der **obligatorische Technologietransfer** kann nicht akzeptiert werden, denn es könnte negative Auswirkungen auf andere internationale Verträge haben, wenn wir auf diesem Wege zu etwas kämen, was man als die „Sozialpflichtigkeit“ von technologischem Wissen bezeichnen könnte, das weitergegeben werden muß. Dies wäre eine Entwicklung, die für alle Staaten schlecht wäre, nicht weil Technologie nicht weitergegeben werden soll — sie soll sich verbreiten —, sondern weil sich Technologie nur entwickeln kann durch private Initiative, durch Investitionen, und da müssen die privaten Unternehmen, die bei der Entwicklung Erfolg hatten, auch die Möglichkeit haben, daraus Nutzen zu ziehen, sonst finden solche Entwicklungen nicht mehr statt.

Die Regelungen, wie sie im Übereinkommen enthalten sind, bergen die Gefahr in sich, daß weniger geschieht als das, was wir alle wünschen, daß nämlich die Schätze des Meeresbodens für die Bevölkerung unserer Erde nutzbar gemacht werden. Dazu bedarf es der privaten Initiative.

Wir hätten in der Bundesrepublik Deutschland auch verfassungsrechtliche Schwierigkeiten, wenn wir einer Regelung zustimmten, die den Unternehmen, die im Tiefseebergbau investieren, Verpflichtungen auferlegt, das kostenlos weiterzugeben. Es bestehen auch verfassungsmäßige Bedenken wegen der Nichteinschaltung des deutschen Parlaments, ein Fall, der dann eintreten könnte, wenn eine Änderung mit Dreiviertelmehrheit beschlossen wird, die dann von allen zu akzeptieren wäre. Es bliebe dann als einziges die Möglichkeit auszutreten, und das wäre eine politisch sehr spektakuläre Aktion.

Herr Präsident, es ist oft gesagt worden — der Kollege Fourré hat das gerade wieder angesprochen —, daß die fünf Staaten und die USA doch wenigstens zeichnen und dann wie Frankreich daran mitwirken sollten. Man kann diese Auffassung vertreten, aber es gibt sehr gewichtige Argumente dagegen. Zunächst darf ich darauf verweisen, daß auch Frankreich hinsichtlich des Tiefseebergbaus erhebliche Bedenken hat. Frankreich hat anläßlich der Unterzeichnung erklärt, daß in diesem Bereich noch Änderungen und Verbesserungen erreicht werden müßten. Insofern befindet sich auch dieser sechste Staat — Frankreich — auf der gleichen Linie wie wir, daß eine Verbesserung erfolgen sollte.

Wenn die Bedenken so tiefgreifend sind, dann fragt man sich, ob es politisch klug wäre, jetzt zu zeichnen und dadurch ein Signal zu setzen, daß wir vielleicht doch mitmachen und dieser Regelung zustimmen würden. Wir glauben, das würde Enttäuschungen bringen, das würde eine Verschlechterung des Nord-Süd-Verhältnisses dann mit sich bringen. Wenn man schon eine so klare Position hat, dann ist es besser, konzertiert abzuwarten und zu hoffen, daß sich in den beanstandeten Punkten noch eine Verbesserung ergeben wird.

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. Die Bundesrepublik Deutschland meint also, daß mit einer Zeichnung im jetzigen Stadium dieses Übereinkommens nichts gewonnen ist. Wir halten es für besser, jetzt nicht durch eine Zeichnung Hoffnungen zu erwecken, die wir dann später enttäuschen. Wir glauben vielmehr, daß wir dem gemeinsamen Ziel bei aller Anerkennung des guten Inhalts des Übereinkommens in allen sonstigen Gebieten am besten durch eine klare Haltung dienen, daß nämlich in der Frage des Tiefseebergbaus etwas geändert werden muß. — Vielen Dank!

(Schlußwort des Berichterstatters:)

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich bei allen Kollegen zunächst einmal für die freundlichen Worte bedanken, die sie mir für die Abfassung dieses Berichtes gezollt haben. Ich bedanke mich bei Ihnen für die Anregungen, die durchaus auf der Linie liegen, die dieser Bericht und insbesondere der Entwurf der Empfehlung vorzeichnen, nämlich, bei vollem Aufrechterhalten der unterschiedlichen Standpunkte zu einer Verständigung zu kommen.

Wir sind von Anfang an davon ausgegangen, daß unterschiedliche Interessen bestehen. Das kann bei einer so schwierigen Materie wie der Seerechtskonvention gar nicht anders sein. Wir waren uns aber auch einig, daß wir diese Probleme offen ansprechen wollen und daß wir versuchen wollen, von daher in einer sich weiterentwickelnden Rechtsfindung und begleitenden Diskussion doch noch zu Regelungen zu kommen, ohne Zwang, ohne Protektionismus, ohne eine Konfrontation, die letztlich doch wieder die politisch und auch wirtschaftlich Schwächeren zu bezahlen hätten.

Wenn das so ist, dann, glaube ich, müssen wir versuchen, kein Land auf die Anklagebank zu setzen, wie es der Kollege Spies von Büllesheim gefordert hatte. Die Kollegen Fourré und Beix, aber auch Frau Ouden-Dekkers haben noch einmal ganz deutlich auf verschiedene unterschiedliche Aspekte abgehoben. Sie haben etwa erklärt, warum die französische Position so ist, wie sie ist: daß Frankreich trotz der bestehenden Mängel gezeichnet hat, daß trotz nationaler Egoismen aber doch ein Appell an die Mitgliedstaaten der WEU zu richten sei, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Ich möchte die Gelegenheit, daß ich noch einmal das Wort als Berichterstatter habe, nutzen, um einige Zahlen zu nennen, damit wir uns klar werden

über die wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung von Zwangsmaßnahmen. Die **Verwaltungskosten** der Enterprise, des **Meeresbergbauunternehmens**, werden auf 20 bis 40 Mio. US-Dollar jährlich geschätzt. Die Abgaben für die 25jährige Nutzung eines solchen auszubeutenden Tiefseefeldes liegen in der Schätzung zwischen 1 und 2 Mrd. US-Dollar. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Ermessensspielraum, wie jetzt die Vorschriften bei der Verteilung und Gewährung von Abbau- und Nutzungsrechten durch diese Meeresbergbaubehörde sind.

Um eine weitere wettbewerbsverzerrende Eigenschaft hinzuzufügen: Diese Meeresbergbaubehörde soll zehn Jahre lang von der Abgabe jeglicher Gebühren und Kosten befreit sein. Daß es angesichts dieses Hintergrundes bei den industriell starken Ländern, die allein in der Lage sind, auf Grund ihres technischen Know-how und auf Grund ihrer finanziellen Möglichkeiten den Meeresbergbau auszuüben, natürlich große Bedenken gibt, muß man in Rechnung stellen. Das entspricht einfach der wirtschaftlichen und auch der politischen Logik. Es wäre falsch, jetzt mit dem Finger auf diese Länder zu zeigen. Der Kollege Spies von Büllesheim hat an der deutschen Haltung ganz deutlich klarzumachen versucht, aus welchen Gründen etwa ein industriell hochentwickeltes Land mit den politischen, strategischen, vom Verteidigungsstandpunkt her zu beleuchtenden Aspekten zwar durchaus zufrieden sein kann, aber sich andererseits trotzdem zur Stunde nicht in der Lage sieht, die Konvention zu zeichnen.

Meine Damen und Herren, das alles, was von Frau Ouden-Dekkers und den Kollegen Fourré, Spies von Büllesheim und Beix hier vorgebracht wurde, haben wir mehrfach erörtert. Ich sehe darin eine Bestätigung unseres Bemühens, hier zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Wir wollen die Materie auch in Zukunft in der Diskussion, in der Arbeit unseres Ausschusses kritisch begleiten und darüber hinaus immer wieder versuchen, im Gespräch zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen.

Wir sollten uns jedoch noch einmal überlegen — einige der Abänderungsanträge zielen ja in diese Richtung —, wie wir dies durch entsprechende Formulierungen in dem Entschließungsentwurf nachher praktisch umsetzen.

Vielen Dank.

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim stellt den Änderungsantrag, im nachstehenden Empfehlungstext 395 Abs. 4 durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

- „4. sich weiterhin um die Errichtung eines für alle annehmbaren Systems der Herrschaft des Rechts auf den Weltmeeren zu bemühen.“

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident, angesichts der bereits mehrfach erwähnten Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit unserer Mitgliedsländer nicht unterzeichnet hat, glaube ich nicht, daß es unsere Aufgabe sein könnte, als WEU-Versammlung den Versuch zu machen — wie man das aus Ziffer 4 herauslesen könnte —, die

USA davon zu überzeugen, daß es richtig sei zu unterzeichnen. Das stimmt ja mit unserer eigenen Position nicht überein.

Deswegen habe ich eine Neufassung vorgeschlagen. Unser Ziel als WEU, das Ziel unserer Länder und das Ziel Europas ist es — und darauf ist hingewiesen worden —, daß wir eine Übereinstimmung mit den USA in dieser Frage erreichen, um dann auch im Tiefseebergbau etwas zu erreichen und in der Seerechtsfrage überhaupt weiterzukommen. Aber es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Versuch zu machen, durch eine Formulierung, wie sie hier gegeben ist, die USA davon zu überzeugen, daß die Politik, die sie jetzt betreibt, etwa falsch wäre. Dazu haben wir selbst gar nicht einmal die Basis. Die Mehrzahl von uns hat selbst nicht unterzeichnet.

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident, insbesondere auch auf Grund der Intervention des Kollegen Beix bin ich eine Erklärung schuldig.

Schon in der Sitzung am 18. Mai 1983 in Brüssel, von der ich sprach, wo wir diesen Entwurf diskutiert und in der jetzigen Form verabschiedet haben, waren wir auch angesichts des Zeitdrucks der Auffassung, diese Formulierung einmal so bestehen zu lassen, wie sie vorlag. Ich hatte damals auch schon ein sehr ungutes Gefühl, habe aber nicht weiter auf Änderungen bestanden. Auch bei der Präsentation dieses Berichts gehe ich davon aus — ich sage es noch einmal —, daß damit nicht auf irgend jemanden mit dem Finger gezeigt werden soll, daß niemand zu einer bestimmten politischen Haltung genötigt werden soll, daß Konfrontationen abgebaut und gemeinsame Lösungen gefunden werden sollen, die allgemein akzeptiert werden können. Ich hatte auch damals schon versucht, die Formulierungen in den Bericht zu schreiben, die der Kollege Spies von Büllesheim jetzt in seinem Abänderungsantrag vorgeschlagen hat. Nach meiner persönlichen Überzeugung müßte man diesem Antrag des Kollegen Spies von Büllesheim zustimmen. In einer so gewichtigen Frage möchte ich natürlich niemanden in einer Weise präjudizieren, und ich stelle es anheim, jetzt hier durch eine Abstimmung zu entscheiden, wie die ursprüngliche Fassung sein sollte. Meine persönliche Meinung, und zwar als Berichterstatter und nicht als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses, geht ganz eindeutig in die Richtung der Formulierungen, die der Kollege Spies von Büllesheim hier als Abänderungsantrag vorgetragen hat. So werde ich auch persönlich als Berichterstatter diesem Abänderungsantrag zustimmen.

(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)

Empfehlung 395

betr. das Seerecht

Die Versammlung

- (i) begrüßt die Antwort des Rates auf die Empfehlung 377 über die Auswirkungen der Seerechtskonferenz, derzufolge das von den Regierungen der Mitgliedstaaten verfolgte Ziel der Abschluß eines für alle Seiten annehmbaren internatio-

nenalen Seerechtsübereinkommens ist, das ein wichtiges Element zur Erhaltung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten, insbesondere zwischen den westlichen Industriestaaten und den Entwicklungsländern der Dritten Welt darstellen würde;

- (ii) stimmt mit der Auffassung des Rates überein, daß eine befriedigende internationale Regelung des Tiefseebergbaus in strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht, insbesondere für die westeuropäischen Industriestaaten, die in hohem Maße auf Rohstoffeinfuhren angewiesen sind, von großer Bedeutung ist;
- (iii) ist sich bewußt, daß die Dritte Welt Ansprüche auf einen Anteil an den Naturschätzen der Tiefsee erhebt;
- (iv) ist sich der Unzulänglichkeiten der vorgeschlagenen Bestimmungen für den Tiefseebergbau und der einzelnen, unterschiedlichen Standpunkte, die die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union, der EWG und der NATO in bezug auf die Unterzeichnung des Übereinkommens eingenommen haben, bewußt;
- (v) ist der Auffassung, daß sich diese Standpunkte nachteilig auf die strategische Position Europas in der Welt und insbesondere in bezug auf die Entwicklungsländer auswirken können;
- (vi) ist sich der Gefahr bewußt, die in vierzehn Jahren erzielten Verhandlungsergebnisse sowie die Vorteile, die das Übereinkommen für den größeren Teil der Erde bietet, zu verlieren, während die Seestreitkräfte der Unterzeichnerstaaten, einschließlich derjenigen des Ostblocks, mit Hilfe des Völkerrechts weitreichende Vorteile daraus ziehen können;

empfiehlt dem Rat,

1. die strategischen und taktischen Nachteile der derzeitigen Lage zu untersuchen und sich zu bemühen, die Unterschiede in den Politiken der Mitgliedsländer im Hinblick auf den Entwurf eines Seerechtsübereinkommens zu beseitigen;
2. die Regierungen Frankreichs und der Niederlande zu ersuchen, sich im Vorbereitungsausschuß um die Einführung von Vorschriften und Durchführungsbestimmungen zu bemühen, durch die der Tiefseebergbau auf eine gerechte Weise geregelt wird, wobei staatliche Kontrolle und Protektionismus weniger Raum einnehmen sollten, als vom Ostblock und vielen Ländern der Dritten Welt vorgeschlagen wurde;
3. die Regierungen Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, Luxemburgs und des Vereinigten Königreichs zu ersuchen, Politiken zu ergreifen, die den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Europas im Vorbereitungsausschuß voll zur Geltung bringen, um konstruktive und annehmbare Lösungen für die Probleme im Zusammenhang mit den Bestimmungen über den Tiefseebergbau zu erzielen;
4. sich weiterhin darum zu bemühen, die Regierung der Vereinigten Staaten von den negativen

Auswirkungen ihrer Politik und von den Vorteilen zu überzeugen, die ein unzweideutiges und ordnungsgemäß unterzeichnetes Seerechtsübereinkommen und damit eine Rechtsordnung für die Weltmeere gegenüber einer Lage bietet, in der reines Gewohnheitsrecht herrscht, das nicht erzwungen werden kann.

Tagesordnungspunkt:

Analyse und Bewertung von Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen der Versammlung Nr. 383 betr. durch Pazifismus und Neutralismus entstehende Probleme für die Sicherheit Europas.

(Dokument 943)

Berichterstatter: Abg. Dejardin (Belgien) und Page (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Verhandlungen zur Begrenzung von Nuklearwaffen — die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern in Westeuropa — die Information der Öffentlichkeit — Konsultationen im Bündnis)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident. Vielleicht kann ich dazu etwas sagen. Da zehn plus sieben 17 sind, schlage ich vor, daß wir uns beide auf acht Minuten beschränken.

Ich möchte auch etwas anderes dazu sagen. Ich habe gestern schon versucht, den Präsidenten De Poi davon zu überzeugen, daß es gut wäre, wenn bei einem solchen Thema, wo zwei verschiedene Standpunkte aufeinanderprallen, auch die Seite, die in diesem Bericht als eine Störung der westeuropäischen Verteidigung beklagt wird, die Seite der Pazifisten, gleichberechtigt zu Wort kommt. Ich meine, wir können das hier demonstrieren. Es wäre zugleich eine Ermutigung für die Politik, die wir als einen neuen Ansatz in der Abrüstungspolitik „Politik der kalkulierten Vorleistungen“ nennen. Ich werde später noch ausführen, was das ist. Ich fühle mich dadurch ermutigt, daß mir der Präsident heute eine Redezeit von zehn Minuten gibt. Ich fühle mich weiter durch das Verfahren ermutigt, das der Ausschuß gewählt hat, daß er zwei Berichterstatter nominiert hat und daß diese beiden Berichterstatter hier zwei gegensätzliche Standpunkte zum Ausdruck bringen können. Da Herr Dejardin schon einiges über die Friedensbewegung gesagt hat und damit einige optische Täuschungen, wie ich es nennen möchte, die es auf der Gegenseite gibt, zurechtgerückt hat, möchte ich mich auf einige Positionen beschränken, die er nicht beschrieben hat, die ich aus deutscher Sicht, aus der Sicht der Ökologie- und Friedensbewegung hier vortragen möchte.

Es wird immer gesagt — dies ist leider auch in der Art zu finden, wie Herr Page die **Friedensbewegung** sieht —, die Friedensbewegung sei sowjetisch gesteuert, und sie hätte einen antiamerikanischen touch, eine antiamerikanische Sichtweise. Ich möchte dies zurückweisen. Zunächst möchte ich sa-

gen, daß diese sowjetische Steuerung nicht vorhanden ist. Um dies zu belegen, will ich ganz kurz zeigen, wie sich die neuere Friedensbewegung in der Bundesrepublik entwickelt hat. Man kann sagen, daß es im Jahre 1979 in der Bundesrepublik noch keine Friedensbewegung gegeben hat. Es gab einige Ausläufer, es gab einige mehr oder weniger verwaltete Reste der alten Friedensbewegung. Es gab aber die Ökologiebewegung. Diese Ökologiebewegung hat damals in ihrer organisierten Form, beispielsweise über den Bundesverband Umweltschutz, noch vor dem Brüsseler Beschluß vom 12. Dezember 1979 in einer Initiative gefordert, daß die damalige Position, die vom Breschnew-Appell der Sowjetunion gekennzeichnet war, zunächst einmal in dem Sinne ernstgenommen werde, als darin Elemente einer neuartigen Sicht der Abrüstung gesehen werden könnten. Das nannten wir die „Politik der kalkulierten Vorleistungen“.

Es ging damals darum, daß die Sowjetunion vorge schlagen hat — sie hat es nachher auch vollzogen —, 20 000 Mann und 1 000 Panzer aus der DDR abzuziehen. Damals ist von allen Parteien und auch von einem Großteil der Presse gesagt worden, das sei Augenwischerei. Wir haben bedauert, daß dies so abqualifiziert worden ist, und wir haben gesagt, daß der Westen versuchen sollte, eine ähnliche Maßnahme — es brauchte nicht dieselbe Maßnahme zu sein — zu vollziehen. Der Unterschied zwischen den bisherigen Politiken, die offiziell auf Abrüstung zielen, und dieser „Politik der kalkulierten Vorleistungen“ ist nämlich, daß in einem Fall ein Vorschlag gemacht wird, aber der Vollzug dieses Vorschlages vom gleichzeitigen Vollzug einer ähnlichen oder gleichen Maßnahme auf der anderen Seite abhängig gemacht wird. Wir haben festgestellt, daß dieses Konzept niemals funktioniert hat, genausowenig wie zwei verklemmt höfliche Deutsche jemals gemeinsam durch eine Tür kommen. Anders gesagt: Wenn Sie mehrmals im Leben versuchen, ein Haus zu bauen, und jedesmal feststellen, daß daraus keine vernünftige Konstruktion wird, werden Sie sich einen neuen architektonischen Plan ausdenken müssen. Das wäre eine vernünftige Haltung.

Wir meinen, daß, nachdem niemals in der Geschichte im Zusammenhang mit Verhandlungen tatsächlich Abrüstung zustande gekommen ist, endlich neue Wege beschritten werden sollten. Die Politik der kalkulierten Vorleistungen macht die Abrüstungsmaßnahme nicht von der Bedingung abhängig, daß die andere Seite ebenfalls abrüstet, sondern sie kündigt eine Maßnahme an und vollzieht diese, bringt aber in diesem Zusammenhang die klare Erwartung zum Ausdruck, daß die andere Seite in absehbarer Zeit — der zeitliche Rahmen kann beschrieben werden — eine gleichartige Maßnahme vollzieht. Das kann zu einer Deeskalation der Rüstung oder, wenn man es ganz idealtypisch beschreibt, zu einem Abrüstungswettlauf führen. Wir sind eine neuartige Bewegung mit einer neuartigen Betrachtungsweise der Gefahren, die auf die Menschen überall zukommen. Das sind einmal Gefahren, die aus der Überindustrialisierung kommen — deshalb sind wir eine Ökologiebewegung —, es

sind aber auch Gefahren, die aus der militärischen Selbstzerstörung, aus der Auslöschung entstehen können.

Wir haben versucht, die Gefährdungen, sowohl die Gefährdungen ökologischer Art als auch die Gefahr der militärischen Auslöschung, auf eine Formel zu bringen. Ich möchte das betonen, nachdem Herr Wilkinson gestern im Zusammenhang mit der Lastenteilung für mich erschreckende Thesen vertreten hat. Er hat gesagt, daß wir gerade wegen unserer Interessen am Persischen Golf, unserer Ölversorgung, militärisch stärker werden müßten bzw. in intensiver Weise eine Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA vollziehen müßten. Wir setzen dem eine andere Formel entgegen. Wir sagen, daß ein Lebensstil und eine Produktionsweise, die auf einem stetigen Zufluß fremder Rohstoffe basiert, wobei entsprechend verschwenderisch mit diesen Rohstoffen umgegangen wird, auch das Motiv einer militärischen oder räuberischen Aneignung solcher Rohstoffe in sich trägt. Wir meinen demgegenüber, daß eine andere, eine ökologische Lebensweise, die selbstgenügsamer ist und die darauf achtet, daß in weitem Umfang auf solche fremden Rohstoffe, beispielsweise auf die Verschwendung von Öl, verzichtet werden kann, in sich einen Beitrag zur Sicherung des Friedens darstellt. Das heißt, es sind nicht ausschließlich die Institutionen und die Regierungen, die für die Aufrechterhaltung des Friedens zuständig sind, sondern es sind auch die Bevölkerungen. Diese Position, daß es nicht ausschließlich die Regierungen, sondern auch die Bevölkerungen sind, bringen wir nach allen Himmelsrichtungen zur Geltung, und zwar nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch gegenüber dem Osten.

Es ist vielleicht einigen Kollegen hier im Raum bekannt, daß einige Abgeordnete der Grünen im Bundestag am Himmelfahrtstag eine Aktion in Ost-Berlin unternommen haben. Wir — das waren u. a. Petra Kelly, Gerd Bastian und ich — haben in Ost-Berlin eine Banderole mit der Aufschrift entrollt: „Schwerter zu Pflugscharen“. Das ist das Symbol der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Wir wollten mit dieser Aktion die Friedensbewegung ermutigen, und wir werden auch weiterhin den Versuch machen, die **Friedensbewegung sowohl im Osten als auch im Westen** zu ermutigen, um zu zeigen, daß die schöpferischen Kräfte der Bevölkerung den Regierungen zu Hilfe kommen müssen, wenn es darum geht, neue Abrüstungskonzepte auf den Weg zu bringen. Wir meinen, daß wir alle, auch wir hier im Saal und auch die Bevölkerung insgesamt, gerade dazu verdammt sind, neue Abrüstungskonzepte zu finden.

Ich hätte hier noch einiges vorzutragen, aber ich will mich an die selbstgewählte Zeitbeschränkung halten. Zu unseren Positionen gehört nicht nur, daß wir neue Konzepte zur Abrüstung, also die Politik der kalkulierten Vorleistungen, vorschlagen, sondern dazu gehört auch, daß wir für Blockfreiheit und für nichtmilitärische Verteidigungskonzepte sind. Vielleicht gibt es einmal bei anderer Gelegenheit eine Chance, diese Positionen hier darzulegen.

Manches an diesen Positionen ist vielleicht für Sie neu, manches ist vielleicht für Sie undenkbar, aber um das Undenkbare, nämlich die Auslöschung der Menschheit, abzuwenden, meine ich, daß wir dazu verurteilt sind, die Welt neu zu erfinden. Erich Fried, ein deutscher Dichter, der in London lebt, hat es mit anderen Worten gesagt: „Wer will, daß die Welt bleibt, wie sie ist, will nicht, daß sie bleibt.“ — Danke schön.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Zunächst eine kurze Bemerkung rein aufklärender Art zum Kollegen Dejardin, was die Information der Parlamente über die Arbeit der WEU betrifft. In der Bundesrepublik wird regelmäßig ein Bericht über die Tätigkeit des Rates seitens der Regierung dem Parlament gegeben. Ferner erfährt das Parlament über die Tätigkeit der Delegation hier durch eine eigene Drucksache, die auch alle Reden enthält, die hier gehalten werden. Ich glaube, hier ist das erfüllt, was Sie wünschen.

Nun zu der Auseinandersetzung, die der Kollege Vogt hier eingeführt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre sehr reizvoll, jetzt eine lange Debatte darüber zu entwickeln. Herr Vogt hat angekündigt, daß wir dazu noch des öfteren Gelegenheit haben werden. Ich kann Ihnen versichern, zumindest ich werde sehr an einer solchen Debatte interessiert sein.

Ich wehre mich gegen eines, daß nämlich das ganze als etwas Neues ausgegeben wird, als sei 1979 ein deus ex machina aus der Verbindung von Ökologie und Friedensbewegung entstanden. Es ist natürlich nichts Neues. Diese Gedanken gab es schon auf dem Monte Verità in Ascona in der berühmten Kommune von 1914, das gab es in der Zeit zwischen den Weltkriegen, und es gab auch in der Auseinandersetzung nach 1945 viele Ansätze, die sich mit diesem Problem beschäftigen.

Unser Problem heute in der Auseinandersetzung mit dem **Pazifismus** ist darin zu sehen, daß das ehrenwerte Ziel, den **Frieden durch einseitige pazifistische Vorleistungen** zu bewahren, im Zweifelsfall das Gegenteil bewirken kann. Ich möchte hier nicht die ganze Debatte aufnehmen, die schon geführt wurde, inwieweit die pazifistische Bewegung zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. Es gibt den berühmten Brief von Karl Barth an einen holländischen Pfarrer, daß die holländischen Pazifisten indirekt zur Stärkung der Diktatur und des Unrechts unter Adolf Hitler beigetragen haben. Ich könnte den Züricher Theologen Emil Brunner zitieren, der sagt: Pazifismus muß nicht automatisch den Frieden sichern, sondern kann sogar Kriegsursache sein. Das ist so und so richtig. Wenn wir eine solche grundsätzliche Debatte hier führen, schadet uns das nicht, aber sie muß mit Fakten geführt werden, in ihr müssen historische Erfahrungen angeführt werden.

Hier möchte ich auch auf etwas kommen, was der Kollege Dejardin mit dem Stichwort Meinungsumfragen gemeint hat. Ich glaube, es ist ein großer Fehler von Politikern, auf Meinungsumfragen zu

achten. Ich habe noch nie auf Meinungsumfragen geachtet, genauso wie Konrad Adenauer nie auf Meinungsumfragen geachtet hat. Er war vielmehr der Meinung und Überzeugung, daß die Politik, die richtig ist, vermittelt und durchgesetzt werden muß. Wenn Sie auf Meinungsumfragen achten, wenn Sie da eine plebiszitäre Demokratie haben wollen, dann werden Sie immer Mehrheiten für die Todesstrafe, immer Mehrheiten für die Verfolgung von ausländischen Minoritäten in einem Volk finden. Das kann aber nicht der Sinn einer vernünftigen Politik in einer repräsentativen Demokratie sein.

Was die Friedensbewegung in Europa als solche betrifft, meine sehr verehrten Kollegen, so müssen wir feststellen, daß sie vielfältig ist. Es gibt keinen Zweifel, und das wird auch der sehr ehrenwerte Kollege Vogt nicht bestreiten können, daß natürlich die Sowjetunion und ihre Hilfskräfte daran interessiert sind, eine Bewegung zu stärken, die ihnen Vorteile in der Auseinandersetzung um Rüstung und Abrüstung geben, weil sie sozusagen auf eigenem Platze diese Auseinandersetzung nicht zu führen brauchen; sie wird nur im gegnerischen Lager geführt. Es gibt keinen Zweifel, und die Beweise liegen vor, Leute wurden in flagranti bei der Übergabe von Geldern ertappt, in Norwegen, in Dänemark. Wir sehen am Beispiel der Nachrichtenagentur Nowosti in der Schweiz, also in einem neutralen Land, in einem Nicht-NATO-Land, welche Einwirkungen auf die Friedensbewegung in der Schweiz über diese sowjetische Nachrichtenagentur gelaufen sind. Wir kennen die Geschichte des Weltfriedensrates, der in Wien begonnen hat und der aus dem neutralen Österreich ausgewiesen wurde, weil er eine kommunistische Organisation war.

Ich darf zu den Vorleistungen, die hier angesprochen worden sind, noch eine Bemerkung machen. Natürlich hat die Sowjetunion mit großer Propaganda 20 000 Mann abgezogen. Der Fehler des Westens war es z. B., daß der Abzug von 4 000 nuklearen Sprengköpfen aus Europa durch die Amerikaner nicht an die große Glocke gehängt wurde und nicht zu einem Moment propagandistischer Auseinandersetzung gemacht worden ist, denn das wäre ein gutes Beispiel gewesen, wo man hätte sagen können, hier sei auch eine Vorleistung erbracht worden.

Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung machen. Ich fürchte, daß die Auseinandersetzung um Pazifismus und Neutralismus auf eine schiefe Ebene kommen kann und daß hier **Verwechslungen zwischen Pazifismus und Neutralismus** stattfinden. Die Schweiz, ein Land, das den Ersten und den Zweiten Weltkrieg neutral überstanden hat, hat diese Neutralität nur durchhalten können, weil sie einen Abschreckungsfaktor darstellte. Sie kennen sicher die Studie für den Generalstab der Deutschen Wehrmacht, in der man feststellte, daß man zwar die Schweiz erobern könne, daß aber der Preis für die Wehrmacht zu hoch sei. Deswegen hat man die neutrale Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1940 auf dem Höhepunkt der Macht Adolf Hitlers nicht überfallen.

Das ist doch ein geschichtliches Beispiel dafür, daß Frieden dadurch erhalten werden kann, daß man eine gewisse Abschreckungskraft darstellt. Ich glaube, das ist eine Lehre, die wir für die Gegenwart beachten müssen. Alles andere klingt schön, läßt sich aber in der Praxis schwer verwirklichen. Ich gehöre zu denen, die von Philosophien, die schön klingen, die aber in der Praxis zu Folgen führen können, nicht sehr viel halten, denn diejenigen, die diese Philosophien in die Welt gesetzt haben, können dann die Folgen nicht mehr rückgängig machen, weil *faits accomplis* zustande gekommen sind. In diesem Sinne sollten wir stets eine offene Auseinandersetzung führen, sollten wir stets diskutieren, sollten wir Meinung gegen Meinung stellen. Das ist der Sinn einer repräsentativen Demokratie, und dem kann auch diese Versammlung dienen.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Für viele Generationen galt die These: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge!“ Dies entsprach mancher Heldenverehrung und auch der Darstellung der Geschichte in vielen Schulbüchern. Dort war die Historie oft so dargestellt, als ob sie nur eine Aneinanderreihung von Schlachten und Kriegen sei. Wohin diese Einstellung führte, haben noch viele von uns erlebt, die die Folgen zweier Weltkriege, zumindest die des letzten Weltkrieges zu spüren bekommen haben. Daher meine ich, für unsere Zeit und für unsere Generation sollte die These in den Vordergrund gerückt werden: „Der Frieden muß der Vater aller Dinge sein!“ Diese Einstellung ist gar nicht so jung, wie teilweise hier zum Ausdruck kommt.

Ich möchte daran erinnern, daß der frühere sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heine-

mann ein **Institut für Friedens- und Konfliktforschung** eingesetzt hat oder doch wesentlich zu seinem Zustandekommen beigetragen hat. Dieses Institut untersucht die Ursachen für Konflikte und sinnt nach Wegen, diese zu verhindern und den Konflikten vorbeugend entgegenzutreten. Leider sind zu meinem großen Bedauern in jüngster Zeit die Mittel für dieses Institut gekürzt worden, und es sieht ganz so aus, als ob nach dem 6. März die Mittel ganz gestrichen werden, so daß eine wertvolle Einrichtung nicht mehr weitergeführt werden könnte.

Jedenfalls sehe ich die **Friedensbewegung** nicht als eine einseitig kommunistisch orientierte Bewegung, wenn wir daran denken, was die Kirchen in jüngster Zeit erleben, wie durch Massenbestrebungen die Friedenspolitik unterstützt wird. Vielleicht verfolgen Sie das auch aus den benachbarten Ländern. Heute wird in Hannover der Evangelische Kirchentag eröffnet. Zu diesem Tag wollen Tausende und Abertausende junger Menschen durch das Tragen violetter Halstücher öffentlich für den Frieden eintreten.

Ich möchte die persönliche Bemerkung anschließen: Die aktive Friedensarbeit und die Erforschung der Friedensbemühungen müßten in unseren Schulen mehr Raum bekommen, daß also nicht die Darstellung, die ich eingangs gab, im Vordergrund steht, sondern daß sich die Lehrkräfte in den Schulen bemühen, den Jugendlichen nahezubringen, wie wichtig es ist, für den Frieden zu arbeiten, dafür vorbereitet zu sein, Konflikte zu vermeiden und den Frieden für die Menschheit zu erhalten. — Danke schön!

